



Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

## ANDRÁSSY-ABHANDLUNGEN

ANDRÁSSY - ABHANDLUNGEN

Abhandlung Nr. 22

Prof. Dr. Reinhard Bettzuege

**Vortrag Andrassy Universität  
Jubiläumskonferenz des Vereins Deutscher  
Akademiker aus Ungarn  
am 25.04.2009**

**Prof. Dr. Reinhard Bettzuege**

**Vortrag Andrassy Universität**

**Jubiläumskonferenz des Vereins Deutscher Akademiker aus  
Ungarn am 25.04.2009**

## **Globale Werte im 21. Jahrhundert**

Wenige Tage vor dem 5. Jahrestag des Beitritts Ungarns zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 ziemt es sich, eine neue Weltordnung und ihre Werte aus europäischer oder präziser aus der EU-Perspektive zu betrachten. Von dieser eigenen Standortbestimmung hängen die Antworten auf alle Fragen ab, die wir auf der Grundlage unserer Zivilisation für eine künftige Werteordnung, wie wir sie uns vorstellen, zu geben haben. Insofern beglückwünsche ich den Verein Deutscher Akademiker aus Ungarn zum Thema, das er seiner 15. Jahreskonferenz gegeben hat, nämlich „Menschen, Werte, Nationen“ – es könnte nicht besser gewählt sein.

Im Vertrag über eine **Verfassung für Europa**, kurz **Lissabon-Vertrag** genannt, heißt es knapp, aber deutlich:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnen“.

Die Präambel zur **Charta der Grundrechte der Union** ist ausführlicher.

„In dem Bewußtsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.

Die Union trägt zur Erhaltung und Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedsstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei. Sie ist bestrebt, eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu fördern und stellt den freien Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit sicher“.

Die enumerative Aufzählung der Grundrechte in dieser Charta der Union ist allumfassend. Wie im Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht die Würde des Menschen allem voran: sie ist unantastbar, sie ist zu achten und zu schützen. Das Recht auf Leben folgt, auf Unversehrtheit, auf Freiheit und Sicherheit, auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit,, auf Freiheit der Meinungsäußerung, auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, auf die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, auf Berufsfreiheit und das Recht zu arbeiten, auf unternehmerische Freiheit. Das Recht auf Bildung wird gewährt, ebenso wie das Asylrecht, das Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen, die Achtung des Privat- und Familienlebens wird garantiert, ebenso wie die Rechte älterer Menschen.

Nichts von dem ist selbstverständlich, das zeigen die aufgeregten Diskussionen in unserem Land über die ehemalige DDR - war sie ein Unrechtsstaat – oder doch irgendwie liebenswert, nicht alles war schlecht, formulierte ein Ministerpräsident eines neuen Bundeslandes 20 Jahre nach dem Mauerfall. Und in Ungarn hält nach einer jüngsten Umfrage jeder zweite Bürger Herrn Janos Kadar für eine „eher positive Figur“. War nicht der Mauerfall ein Fest der Menschenwürde? Die friedliche Revolution in Deutschland war ein Fest, das den Kalten Krieg beendete und die Diktatur in Ost- und Südosteuropa beendete. Sie war eine Voraussetzung auch für die Einigung Europas. Die Verfassung der Europäischen Union hier in Ungarn im einzelnen zu zitieren, ebenfalls 20 Jahre danach, ist kein müßiges Unterfangen, sondern lenkt den Blick zurück auf Zeiten, Jahrzehnte nämlich, wo solche Werte nur virtuelle

Qualität besaßen. Dürfen wir also hoffen, dass hierzulande der anstehende 5. Geburtstag der EU-Mitgliedschaft Ungarns diese Erinnerung pflegt und dies sich auch in der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament niederschlägt? Oder müssen wir vor dem Hintergrund aktueller Erfahrungen der Bürger dieses Landes gefasst sein auf ein Euro-bashing oder, schlimmer noch, wird die Wirtschaftskrise mit all ihren negativen Folgen Einfluss bekommen auf unsere Moral, unsere Ethik, unsere Wertvorstellungen? Dabei hatte t Vaclav Havel von einer „neuen Lebensqualität“ gesprochen, als er die Rückkehr seines Landes in die westliche Wertegemeinschaft feierte, eine Lebensqualität, die er in erster Linie mit den Begriffen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte präziserte.

Wieviel Wert aber haben solche Werte in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise? Ist die Frage „Schafft Ethik Wachstum?“ inzwischen pervers? Von Max Weber wissen wir, dass Ethik geordnetes Wachstum beflügeln kann. Aber welches Wachstum ist gemeint? Umsatzzahlen oder Bilanzsummen, fragwürdige Produktion von Rüstungsgütern und Massenvernichtungswaffen, Raubtierkapitalismus oder nachhaltige Wertschöpfung? Gibt es einen anerkannten Wert der Wirtschaft, der da lautet: „Rendite“ oder sogar „immer mehr Rendite“? Ist Shareholder-value nicht gerade Unwort des Jahres geworden? Wir befinden uns doch inmitten eines Suchspiels zwischen kapitalistischem Wildwuchs und wirtschaftlichem Wachstum und müssen Fragen beantworten, die offenbar niemand so recht vorausgesehen hat, weder in Amerika, noch in Europa. Auch deswegen ist es beruhigend, zu wissen, auf welchen Grundwerten unsere Gesellschaften gebaut sind, wie immer müssen sie sich gerade in Krisenzeiten besonders bewähren. Denn Krisen fördern den verklärten Blick zurück, auf den angeblich besseren sozialen Zusammenhalt, die wohlige Stallwärme des Kollektivs, den vermeintlich sicheren Arbeitsplatz, die soziale Versorgung von der Wiege bis zur Bahre oder die Gratis-Kinderkrippen. Der anstehende Jahrestag aber erinnert an 20 Jahre Freiheit für alle Europäer – und das ist kein geringes Gut.

Zum **50. Geburtstag** formulierte die Union mit ihrer „**Berliner Erklärung**“ „eine neue Grundlage für Europa“. Darin finden sich werthaltige Schlagworte wie diese:

„Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Respekt und Verantwortung, Wohlstand und Sicherheit, Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung, friedliche Konfliktlösung und Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheiten, Klimaschutz“. Vor allem aber erinnert die Erklärung daran, dass Europa über Jahrhunderte „eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung“ war und dass sich diese Hoffnung erfüllt hat. Übrigens auch und ganz besonders hier an unserer Universität, die seit sieben Jahren so viele europäische Studenten im Studium der europäischen Realitäten vereint. „Wir haben, so sagt es die Berliner Erklärung, „unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen...Wir...sind zu unserem Glück vereint“. Skeptiker freilich verweisen auf den dort auch beschworenen wirtschaftlichen Erfolg, den gemeinsamen Markt und den Euro: so können wir, so lautet das Zitat, die „zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten“. Möge dies als Mut machende Perspektive in der Erscheinungen Flucht gelesen werden. Ein Interview mit Mikis Theodorakis, der Symbolfigur des demokratischen Griechenlands, in der FAZ vom letzten Wochenende gibt da zu denken: „Wir haben in Europa Pressefreiheit, Redefreiheit, Reisefreiheit“, so sagte er, „Hitler, Mussolini und Franco liegen hinter uns. Mit den uns gegebenen Mitteln müssen wir den Tanz ums Goldene Kalb unterbrechen. Unser Reichtum liegt nicht auf einem Bankkonto, wie ein Berlusconi uns das vormachen will. Unser Reichtum sind Bildung und Kultur. Es ist richtig und notwendig, das immer wieder einzufordern“. Das stimmt zwar, aber der Mensch lebt nicht von Kultur allein, er muss auch überleben können. Rechtsradikale Tendenzen in europäischen Ländern jedenfalls nehmen zu in Zeiten der Krise und verengen unsere hehren europäischen Werte in banaler Weise.

Jose Manuel Barroso hatte die Berliner Erklärung „ein Signal der Verpflichtung genannt, eine gemeinsame Willenserklärung der Mitgliedsstaaten, des Parlaments und der Kommission“ und hatte die Erweiterung der Union, die einmal aus nur sechs Staaten bestand, als einen „der größten Erfolge der Geschichte“ gewürdigt. Gerade an der

Frage der fortgesetzten Erweiterung unserer Union aber unterscheiden sich die Geister, die einen möchten die Türkei drinnen haben, die anderen sind allenfalls für eine „privilegierte Partnerschaft“ – was nicht zuletzt mit unseren Werten zu tun hat, auch unseren christlichen Werten, die von der Türkei mitzutragen wären. Die Erkundungsreisen katholischer und protestantischer Bischöfe ins Land am Bosphorus haben dort aber mehr kritische Fragen als beruhigende Antworten in Sachen Religionsfreiheit und Minderheitenschutz zutage gefördert, die Einlassungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Deutschland zur Integration seiner türkischen Staatsbürger im Gast land Deutschland und die Rolle, die er bei der Wahl des neuen NATO-Generalsekretärs gespielt hat, waren ebenfalls alarmierend. Wir erinnern uns: die deutsche Ratspräsidentin Angela Merkel hatte 2007 auch versprochen, die EU bis zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009 auf „eine erneuerte gemeinsame Grundlage“ zu stellen – woran weiter gearbeitet wird.

Ein anderes Jubiläum haben wir vor kurzem in Straßburg und Kehl gefeiert, den **60. Geburtstag der NATO**. Im zweiten Satz der „Erklärung über die Sicherheit der Allianz“ vom 4. April 2009 werden die Werte, Ziele und Verpflichtungen des Nordatlantikvertrages wie die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen gewürdigt, Werte, die in der Präambel des Vertrages vom 4. April 1949 präzise beschrieben werden: „Die Parteien dieses Vertrages“, so heißt es dort, „sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten. Sie sind bestrebt, die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet zu fördern“. Im Gipfelkommuniqué von Straßburg werden die gemeinsamen Werte ausführlich dargestellt: Respekt für Menschenrechte, territoriale Integrität, Souveränität aller Staaten einschließlich des Rechts, sich einer Allianz der eigenen Wahl anzuschließen sowie die Notwendigkeit der Einhaltung internationaler Verpflichtungen und Vereinbarungen. In der Afghanistan-Erklärung vom gleichen Tage werden die Anstrengungen der ISAF als Hilfe für die afghanische Regierung bei der Verteidigung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte klassifiziert. Am gleichen Tage musste der afghanische Präsident Karsai ein umstrittenes Gesetz über die Rechte von Mann und Frau in seiner islamischen Gesellschaft an das

Parlament zurückgeben, um die Unvereinbarkeit der Politik vor Ort mit dieser NATO-Erklärung zu dokumentieren. Beim 50. Geburtstag der NATO sprach die Erklärung von Washington von der „Gemeinschaft der Demokratien“, in der die Menschenrechte und die fundamentalen Freiheiten anerkannt sind, wo Grenzen im wachsenden Maße für Menschen, Ideen und Handel offen werden, wo Krieg undenkbar wird. In der sogenannten Erweiterungsstudie der NATO von 1995 wurden die Bedingungen für neue Mitglieder aufgenommen: nämlich die „Förderung und Unterstützung demokratischer Reformen, die Förderung gut nachbarlicher Beziehungen sowie die Verstärkung der Bereitschaft zur Integration und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte und damit Eindämmung von Tendenzen zur Desintegration nach ethnischen und territorialen Leitlinien“. Weiter heißt es dort: „Wie alle heutigen Mitgliedsstaaten müssen sich neue NATO-Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt ihres Beitritts auf der Grundlage des Washingtoner Vertrages dazu verpflichten,...jeden internationalen Streitfall, an dem sie eventuell beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, dass der internationale Frieden, die Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist“. So kam es, dass der frühere SACEUR General Joulwan das Bild von der NATO als „Schule der Demokratie“ benutzte und damit feststellte, dass die bloße Aussicht auf die Mitgliedschaft in der Allianz viele Nationen in Mittel- und Osteuropa erst dazu gebracht hat, sich demokratisch auszurichten, bilaterale Streitfälle zu regeln, dringende Reformen im eigenen Lande anzugehen und ethnische oder territoriale Dispute mit ihren Nachbarn einvernehmlich zu regeln – was vielfach geschehen ist. Der polnische Präsident Kwasniewski ging noch einen Schritt weiter, als er 1999, in der New York Times über die Ziele des NATO-Beitritts seines Landes befragt die knappe Aussage machte: „For Poland it's God and NATO“. Damit war das Atlantische Bündnis endgültig in mindestens zivil-religiöse Sphären aufgerückt. Prosaischer drückte es der ungarische Romancier Peter Nadas aus, der in der International Herald Tribune am 1. Oktober 1996 unter der Überschrift „The duty of democracies, or why Hungary belongs in Nato“ schrieb: „Most Hungarians support joining

NATO not because they are insanely militaristic, but because they believe in democracy“.

Die **Charta der Vereinten Nationen** vom 26. Juni 1945 formuliert den globalen Anspruch auf die Werte des menschlichen Zusammenlebens. In der Präambel wird die Entschlossenheit formuliert, die Grundrechte des Menschen, Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein zu wahren und sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern und für diese Zwecke als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern. Dies war der Anspruch auf die neue Weltordnung nach zwei Weltkriegen, ein Anspruch, der stets neu zu erfüllen ist.

Entwürfe für neue Weltordnungen sind stets nach großen Kriegen vorgelegt worden, so war es mit dem westfälischen Frieden nach dem 30jährigen Krieg, mit dem Wiener Kongress nach den napoleonischen Kriegen, mit dem Versailler Vertrag nach dem 1. Weltkrieg , mit den Beschlüssen von Yalta und Potsdam nach dem 2. Weltkrieg und eben mit der Gründung der UNO und der NATO. Nach dem Ende des kalten Krieges freilich ist dies ausgeblieben, vielmehr gründete sich die Vollendung der europäischen Einigung auf die bereits vorhandene Europäische Union. Vom europäischen Traum ist oft die Rede, der Amerikaner Jeremy Rifkin hat dieser Idee ein ganzes Buch gewidmet und darin ausgeführt, dass dem europäischen Modell die Zukunft gehöre, weil es auf gemeinschaftlichen Werten aufbaue und nicht, wie es der amerikanische Traum mit seinem „pursuit of happiness“ tut, auf die individuellen Ansprüche abhebt. Da kommt ein neuer amerikanischer Präsident gerade recht, der sich „Weltbürger“ nennt und der in seiner Antrittsrede auf die four freedoms seines Vorgängers Roosevelt hingewiesen hatte, die dieser am 6. Januar 1941 zur Grundlage einer künftigen Weltordnung erklärt hatte. Die Betonung von dignity, von Würde der Nation und damit der Verbriefung der Menschenrechte bei jedem außenpolitischen Handeln ist für viele bereits zur Obama-Doktrin stilisiert worden, zur vielleicht neuen außenpolitischen Doktrin

Washingtons. Vor wenigen Wochen haben wir hier an der Universität die Frage diskutiert, ob man deswegen Obama einen „europäischen“ Präsidenten nennen darf, einen also, der europäisch denkt, europäischen Werten verpflichtet ist, in krassem Gegensatz zu seinem direkten Amtsvorgänger George W. Bush.

Oder sind wir Europäer zu hochnäsiger, auf unserer Insel der Glückseligkeit, verglichen mit dem Rest der Welt? Haben wir wirklich die Weisheit gepachtet, wie die neue Weltordnung beschaffen sein sollte? Hatte nicht das Time-Magazine 2004 ironisch gefragt: „Wo erhebt sich (denn) das europäische Interesse an der Welt über das Dilettantische hinaus? Wann wäre die Europäische Union je mit einem Erfolg versprechenden Plan für den Irak, für den Nahen Osten, für Korea hervorgetreten?“ Robert Kagan beschimpfte die Europäer als Menschen von der Venus, Egoisten, die glaubten, das europäische Paradies könnte überall auf der Welt hergestellt werden. Der britische EU-Diplomat Robert Cooper sekundierte dies: „Unter sich mögen die Europäer auf der Grundlage von Gesetzen und einer kooperativen Sicherheit operieren. Aber wenn es um die Welt außerhalb Europas geht, müssen wir zu den rauheren Methoden einer früheren Ära zurückkehren – Gewalt, präventiver Angriff Täuschung, was immer notwendig ist. Unter uns halten wir uns an das Recht, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir auch die Gesetze des Dschungels anwenden“. Hat also der berühmte „Clash of Civilizations“ endgültig die transatlantischen Gewässer erreicht? Ich glaube nicht. Die hunderten Toten westlicher Armeen im Afghanistankrieg legen ein anderes Zeugnis ab. So dialektisch das klingen mag, sie legen mit ihrem gewaltigen und gewalttätigen Einsatz für europäische Werte ein Zeugnis gegen die Gewalt ab, die allen von der UN-Charta verbrieften Werten entgegensteht. Deshalb heißt es in der Europäischen Sicherheitsstrategie ja auch: „Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union ...würde zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer gerechten und sichereren Welt führen würde“.

Anders also wird ein Schuh daraus: finden wir mit Obama zurück zu gemeinsamen transatlantischen Werten, die allein uns in die Lage versetzen würden, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, als da sind das Heraufziehen neuer Weltmächte, die Perspektive erheblicher demografischer Umbrüche, der clash of civilizations, der Niedergang der

US-Superpower, der Klimawandel, der Umbruch des globalen Wirtschaftssystems? Was wird aus unseren europäischen Werten, wenn am Ende dieses Jahrhunderts die Europäer nur mehr 4 % der Weltbevölkerung ausmachen? Lohnt es sich, über den EU-Beitritt der Türkei zu streiten, wenn dieses Land ohnehin in wenigen Jahren die größte Nation in Europa sein wird und Karikaturisten bereits neue Landkarten gemalt haben, die Deutschland als „Neue Türkei“, Frankreich als „Nouvel Algerie“ und Großbritannien als „New Pakistan“ beschreiben? Ist der Niedergang des Westens mit seinen Ideen und Werten nicht längst vorprogrammiert und hat nicht die globale Krise diesen Abwärtstrend ein großes Stück ins rote Feld bewegt? „The end of the West“ ist der Titel eines gerade erschienenen Buches, eine Aussage, die noch, wie lange noch? mit einem Fragezeichen versehen ist. Ist das nicht die Frage aller Fragen, ob wir die transatlantische Verbundenheit mit ihrem Anspruch aus der Präambel des Nordatlantikvertrages, die Zivilisation unserer Völker zu bewahren, zu erhalten und zu festigen, tatsächlich in die Tat umsetzen können und so einen großen Teil des 21. Jahrhunderts für unsere Wertvorstellungen retten können? Der neo-konservative Vordenker Robert Kagan sah dafür zu Beginn des Jahrhunderts gerade einmal 30 Jahre Zeit, bevor andere die Weltordnung in die Hände nähmen und europäisch-amerikanische Werte zu einer quantité négligable verkämen.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im Mai 2002 sagte der amerikanische Präsident George W. Bush, ja genau dieser: „Die Vereinigten Staaten und die Nationen Europas sind mehr als militärische Verbündete, wir sind mehr als Handelspartner, wir sind die Erben derselben Zivilisation. Das Versprechen der Magna Charta, die Lehren Athens, die Kreativität von Paris, das unerschütterliche Gewissen Luthers, der milde Glaube des heiligen Franziskus – all dies ist Teil der amerikanischen Seele. Die neue Welt war erfolgreich, indem sie die Werte der alten Welt respektierte...Die Werte, die wir teilen, verbinden unsere Kulturen und rufen Ablehnung bei unseren Feinden hervor. Diese Werte sind generell wahr und recht. Sie definieren unsere Nationen und unsere Partnerschaft in einzigartiger Weise...Gegen die Herausforderungen unserer Zeit stellen wir unsere innersten Werte und unsere enge Freundschaft...Zusammen mit unseren Freunden bauen wir das Haus der Freiheit – für unsere Zeit und für alle Zeit“. Klingt das nicht nach einer beruhigenden neuen Weltordnung?

Obama hat dies bekräftigt. In seiner Berliner Rede im Juni 2008 sagte er: „Partnerschaft oder Kooperation unter den Nationen ist keine Alternative; es ist der einzige Weg, unsere gemeinsame Sicherheit zu schützen und unsere gemeinsame Menschlichkeit zu befördern...Amerika hat (dafür) keinen besseren Partner als Europa“.

Das Herzstück aller Fragen nach einer globalen Werteordnung aber ist: wird die internationale Ordnung, der globale Wertekonsens unter dem Dach der Vereinten Nationen – oder anderswo, etwa in der „Allianz der Demokratien“- entstehen? Werden wir in der Lage sein, die Weltorganisation mit Hilfe der Europäischen Union, der NATO und den nordamerikanischen Demokratien so zu stärken, dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effizient begegnen kann? Schaffen wir es, das internationale Völkerrecht im Konsens und nicht konfrontativ weiterzuentwickeln? Gelingt es vielleicht sogar, die Herausforderungen für humanitäre Interventionen oder prä-emptive Militärschläge zu definieren? Und können wir all dies am Ende auch in einen moralischen Konsens einbetten? Wird es schließlich sogar gelingen, ein globales Sicherheitssystem zu etablieren?

Insofern, meine Damen und Herren, ich wiederhole es, sind Sie zu beglückwünschen, dass sie die 15. Jahreskonferenz des Vereins Deutscher Akademiker aus Ungarn unter die Überschrift „Menschen, Werte, Nationen“ gestellt haben. Ein Thema, das zeitgemäßer nicht sein könnte. Im letzten Jahr hatten sie die Frage diskutiert: „Unsere Zukunft – Alternative Perspektiven“. Vor dem Hintergrund der Werte, die wir europäisch, transatlantisch, westlich nennen, gibt es keine alternativen Perspektiven, es sei denn, sie würden uns zwangsweise verordnet. Dass dieses nicht geschieht ist oberster Leitsatz von Forschung und Lehre an dieser Universität, deren Existenz uns allen ein Herzensanliegen sein sollte.

Ich danke Ihnen.

BISHER ERSCHIENENE ABHANDLUNGEN:

- 2004/1.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK  
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)  
„Über die akademische und europäische Verantwortung“  
ISBN 963 214 497 X
- 2004/2.** Dr. ANDREAS OPLATKA  
„Stephan Széchenyi 1813 - 1825 - vom Rittmeister  
zum Gründer der Akademie der Wissenschaften“  
ISBN 963 214 322 1
- 2004/3.** Dr. NORBERT LAMMERT  
„Deutsche Sprache und Kultur im zusammenwachsenden Europa“  
ISBN 963 214 323 X
- 2004/4.** Dr. KENGYEL MIKLÓS  
„Zeichen und Symbole in der Justiz Antrittsvorlesung 2003“  
ISBN 963 214 324 8
- 2004/5.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK  
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)  
"Zur Entwicklung der europäischen Integration - im Miteinander von  
Österreich und Ungarn - ein Beitrag auch zu einer Rechts- und  
Wertegemeinschaft?"\*  
ISBN 963 214 707 3
- 2004/6.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
"Auf dem Weg zu einer Neuen Weltordnung Die Rolle von Nato,  
UNO und EU in den internationalen Beziehungen"  
ISBN 963 865 270 5
- 2004/7.** Dr. HEINZ FISCHER  
(*Bundespräsident der Republik Österreich*)  
"Das politische System Österreichs Rückblick und Ausblick"  
ISBN 963 865 271 3
- 2004/8.** Univ-Doz. Dr. GEORG CAVALLAR  
"Die Europäische Union als Wertegemeinschaft:  
die EU-14 Maßnahmen gegen Österreich und der Kopftuchstreit"  
ISBN 963 865 272 1
- 2005/9.** Dr. WOLFGANG SCHÄUBLE  
"Herausforderungen für Europa"  
ISBN 963 865 273 X
- 2005/10.** VOLKER BOUFIER  
"Sicherheitspolitische Herausforderungen  
in der erweiterten Europäischen Union"  
ISBN 963 865 273 X

- 2005/11.** Dr. MICHAEL INACKER  
*(Vice President, External Affairs & Public Policy DaimlerChrysler AG, Stuttgart)*  
 Außenpolitik durch Unternehmen?  
 Die Ökonomisierung der internationalen Politik  
 ISBN 963 865 276 4
- 2006/12.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Der Auswärtige Dienst  
 ISBN 963 865 277 2
- 2006/13.** JEAN-DANIEL GERBER  
 (Staatssekretär, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Bern, Schweiz)  
 „Kann das internationale Wirtschaftssystem  
 Die Herausforderungen der Zukunft meistern?“  
 ISBN 963 865 279 9
- 2006/14-15.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 „Zivilreligion im Euro-Atlantischen Raum“  
 „Die Nato geht auf Globale Partnersuche“  
 ISBN 963 873 010 2, ISBN 963 873 011 0
- 2006/16.** Dr. KLINGHAMMER ISTVÁN  
 Begrüßungsrede den 15.9.2006 Andrassy Universität Budapest  
 ISBN 963 873 012 9 (978-963-87301-2-1)
- 2007/17.** Prof. Dr. LUDGER KÜHNHARDT  
 Mentalität und Identität:  
 Über die Europäisierung der Nationalstaaten und ihrer politischen Kultur  
 ISBN 978-963-87301-4-5
- 2007/18.** Kunst des Machbaren. Vielfältige Beziehungen  
 zwischen Ungarn und Deutschland.  
 Besuch der BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL  
 an der Andrassy Universität Budapest (21.08.2007)  
 Veröffentlicht mit Genehmigung der Bundesregierung Deutschlands  
 ISBN: 978-963-87301-6-9
- 2008/19.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Der Fall Belgien  
*Vortrag Andrassy Universität Budapest am 23.04.2008*  
 ISBN 978-963-87301-7-6
- 2009/20.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Europäische Erwartungen an Präsident Obama  
*Vortrag an der Andrassy Universität Budapest am 20.02.2009*  
 ISBN 978-963-87301-9-0
- 2009/21.** Prof. Dr. ANDRÁS MASÁT  
 „Nationenbildung, kulturelles Gedächtnis und Fremderfahrung“  
*Vortrag an der Andrassy Universität am 05.11..2008 in Budapest*  
 ISBN 978-963-87301-9-0

© 2009/22. ANDRÁSSY UNIVERSITÄT

H - 1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.

Tel.: + 36 1 266 31 01; Fax: + 36 1 266 30 99

Postanschrift: H-1464 Budapest, Pf.: 1422

E-Mail: [bibliothek@andrassyuni.hu](mailto:bibliothek@andrassyuni.hu)

Internet: [www.andrassyuni.hu](http://www.andrassyuni.hu)

ISSN: 1785-3907

ISBN: 978-963-88373-0-1



Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

## ANDRÁSSY-ABHANDLUNGEN

ANDRÁSSY - ABHANDLUNGEN

Abhandlung Nr. 22

Prof. Dr. Reinhard Bettzuege

**Vortrag Andrassy Universität  
Jubiläumskonferenz des Vereins Deutscher  
Akademiker aus Ungarn  
am 25.04.2009**

**Prof. Dr. Reinhard Bettzuege**

**Vortrag Andrassy Universität**

**Jubiläumskonferenz des Vereins Deutscher Akademiker aus  
Ungarn am 25.04.2009**

## **Globale Werte im 21. Jahrhundert**

Wenige Tage vor dem 5. Jahrestag des Beitritts Ungarns zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 ziemt es sich, eine neue Weltordnung und ihre Werte aus europäischer oder präziser aus der EU-Perspektive zu betrachten. Von dieser eigenen Standortbestimmung hängen die Antworten auf alle Fragen ab, die wir auf der Grundlage unserer Zivilisation für eine künftige Werteordnung, wie wir sie uns vorstellen, zu geben haben. Insofern beglückwünsche ich den Verein Deutscher Akademiker aus Ungarn zum Thema, das er seiner 15. Jahreskonferenz gegeben hat, nämlich „Menschen, Werte, Nationen“ – es könnte nicht besser gewählt sein.

Im Vertrag über eine **Verfassung für Europa**, kurz **Lissabon-Vertrag** genannt, heißt es knapp, aber deutlich:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnen“.

Die Präambel zur **Charta der Grundrechte der Union** ist ausführlicher.

„In dem Bewußtsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.

Die Union trägt zur Erhaltung und Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedsstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei. Sie ist bestrebt, eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu fördern und stellt den freien Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit sicher“.

Die enumerative Aufzählung der Grundrechte in dieser Charta der Union ist allumfassend. Wie im Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht die Würde des Menschen allem voran: sie ist unantastbar, sie ist zu achten und zu schützen. Das Recht auf Leben folgt, auf Unversehrtheit, auf Freiheit und Sicherheit, auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit,, auf Freiheit der Meinungsäußerung, auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, auf die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, auf Berufsfreiheit und das Recht zu arbeiten, auf unternehmerische Freiheit. Das Recht auf Bildung wird gewährt, ebenso wie das Asylrecht, das Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen, die Achtung des Privat- und Familienlebens wird garantiert, ebenso wie die Rechte älterer Menschen.

Nichts von dem ist selbstverständlich, das zeigen die aufgeregten Diskussionen in unserem Land über die ehemalige DDR - war sie ein Unrechtsstaat – oder doch irgendwie liebenswert, nicht alles war schlecht, formulierte ein Ministerpräsident eines neuen Bundeslandes 20 Jahre nach dem Mauerfall. Und in Ungarn hält nach einer jüngsten Umfrage jeder zweite Bürger Herrn Janos Kadar für eine „eher positive Figur“. War nicht der Mauerfall ein Fest der Menschenwürde? Die friedliche Revolution in Deutschland war ein Fest, das den Kalten Krieg beendete und die Diktatur in Ost- und Südosteuropa beendete. Sie war eine Voraussetzung auch für die Einigung Europas. Die Verfassung der Europäischen Union hier in Ungarn im einzelnen zu zitieren, ebenfalls 20 Jahre danach, ist kein müßiges Unterfangen, sondern lenkt den Blick zurück auf Zeiten, Jahrzehnte nämlich, wo solche Werte nur virtuelle

Qualität besaßen. Dürfen wir also hoffen, dass hierzulande der anstehende 5. Geburtstag der EU-Mitgliedschaft Ungarns diese Erinnerung pflegt und dies sich auch in der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament niederschlägt? Oder müssen wir vor dem Hintergrund aktueller Erfahrungen der Bürger dieses Landes gefasst sein auf ein Euro-bashing oder, schlimmer noch, wird die Wirtschaftskrise mit all ihren negativen Folgen Einfluss bekommen auf unsere Moral, unsere Ethik, unsere Wertvorstellungen? Dabei hatte t Vaclav Havel von einer „neuen Lebensqualität“ gesprochen, als er die Rückkehr seines Landes in die westliche Wertegemeinschaft feierte, eine Lebensqualität, die er in erster Linie mit den Begriffen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte präziserte.

Wieviel Wert aber haben solche Werte in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise? Ist die Frage „Schafft Ethik Wachstum?“ inzwischen pervers? Von Max Weber wissen wir, dass Ethik geordnetes Wachstum beflügeln kann. Aber welches Wachstum ist gemeint? Umsatzzahlen oder Bilanzsummen, fragwürdige Produktion von Rüstungsgütern und Massenvernichtungswaffen, Raubtierkapitalismus oder nachhaltige Wertschöpfung? Gibt es einen anerkannten Wert der Wirtschaft, der da lautet: „Rendite“ oder sogar „immer mehr Rendite“? Ist Shareholder-value nicht gerade Unwort des Jahres geworden? Wir befinden uns doch inmitten eines Suchspiels zwischen kapitalistischem Wildwuchs und wirtschaftlichem Wachstum und müssen Fragen beantworten, die offenbar niemand so recht vorausgesehen hat, weder in Amerika, noch in Europa. Auch deswegen ist es beruhigend, zu wissen, auf welchen Grundwerten unsere Gesellschaften gebaut sind, wie immer müssen sie sich gerade in Krisenzeiten besonders bewähren. Denn Krisen fördern den verklärten Blick zurück, auf den angeblich besseren sozialen Zusammenhalt, die wohlige Stallwärme des Kollektivs, den vermeintlich sicheren Arbeitsplatz, die soziale Versorgung von der Wiege bis zur Bahre oder die Gratis-Kinderkrippen. Der anstehende Jahrestag aber erinnert an 20 Jahre Freiheit für alle Europäer – und das ist kein geringes Gut.

Zum **50. Geburtstag** formulierte die Union mit ihrer „**Berliner Erklärung**“ „eine neue Grundlage für Europa“. Darin finden sich werthaltige Schlagworte wie diese:

„Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Respekt und Verantwortung, Wohlstand und Sicherheit, Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung, friedliche Konfliktlösung und Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheiten, Klimaschutz“. Vor allem aber erinnert die Erklärung daran, dass Europa über Jahrhunderte „eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung“ war und dass sich diese Hoffnung erfüllt hat. Übrigens auch und ganz besonders hier an unserer Universität, die seit sieben Jahren so viele europäische Studenten im Studium der europäischen Realitäten vereint. „Wir haben, so sagt es die Berliner Erklärung, „unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen...Wir...sind zu unserem Glück vereint“. Skeptiker freilich verweisen auf den dort auch beschworenen wirtschaftlichen Erfolg, den gemeinsamen Markt und den Euro: so können wir, so lautet das Zitat, die „zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten“. Möge dies als Mut machende Perspektive in der Erscheinungen Flucht gelesen werden. Ein Interview mit Mikis Theodorakis, der Symbolfigur des demokratischen Griechenlands, in der FAZ vom letzten Wochenende gibt da zu denken: „Wir haben in Europa Pressefreiheit, Redefreiheit, Reisefreiheit“, so sagte er, „Hitler, Mussolini und Franco liegen hinter uns. Mit den uns gegebenen Mitteln müssen wir den Tanz ums Goldene Kalb unterbrechen. Unser Reichtum liegt nicht auf einem Bankkonto, wie ein Berlusconi uns das vormachen will. Unser Reichtum sind Bildung und Kultur. Es ist richtig und notwendig, das immer wieder einzufordern“. Das stimmt zwar, aber der Mensch lebt nicht von Kultur allein, er muss auch überleben können. Rechtsradikale Tendenzen in europäischen Ländern jedenfalls nehmen zu in Zeiten der Krise und verengen unsere hehren europäischen Werte in banaler Weise.

Jose Manuel Barroso hatte die Berliner Erklärung „ein Signal der Verpflichtung genannt, eine gemeinsame Willenserklärung der Mitgliedsstaaten, des Parlaments und der Kommission“ und hatte die Erweiterung der Union, die einmal aus nur sechs Staaten bestand, als einen „der größten Erfolge der Geschichte“ gewürdigt. Gerade an der

Frage der fortgesetzten Erweiterung unserer Union aber unterscheiden sich die Geister, die einen möchten die Türkei drinnen haben, die anderen sind allenfalls für eine „privilegierte Partnerschaft“ – was nicht zuletzt mit unseren Werten zu tun hat, auch unseren christlichen Werten, die von der Türkei mitzutragen wären. Die Erkundungsreisen katholischer und protestantischer Bischöfe ins Land am Bosphorus haben dort aber mehr kritische Fragen als beruhigende Antworten in Sachen Religionsfreiheit und Minderheitenschutz zutage gefördert, die Einlassungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Deutschland zur Integration seiner türkischen Staatsbürger im Gast land Deutschland und die Rolle, die er bei der Wahl des neuen NATO-Generalsekretärs gespielt hat, waren ebenfalls alarmierend. Wir erinnern uns: die deutsche Ratspräsidentin Angela Merkel hatte 2007 auch versprochen, die EU bis zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009 auf „eine erneuerte gemeinsame Grundlage“ zu stellen – woran weiter gearbeitet wird.

Ein anderes Jubiläum haben wir vor kurzem in Straßburg und Kehl gefeiert, den **60. Geburtstag der NATO**. Im zweiten Satz der „Erklärung über die Sicherheit der Allianz“ vom 4. April 2009 werden die Werte, Ziele und Verpflichtungen des Nordatlantikvertrages wie die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen gewürdigt, Werte, die in der Präambel des Vertrages vom 4. April 1949 präzise beschrieben werden: „Die Parteien dieses Vertrages“, so heißt es dort, „sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten. Sie sind bestrebt, die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet zu fördern“. Im Gipfelkommuniqué von Straßburg werden die gemeinsamen Werte ausführlich dargestellt: Respekt für Menschenrechte, territoriale Integrität, Souveränität aller Staaten einschließlich des Rechts, sich einer Allianz der eigenen Wahl anzuschließen sowie die Notwendigkeit der Einhaltung internationaler Verpflichtungen und Vereinbarungen. In der Afghanistan-Erklärung vom gleichen Tage werden die Anstrengungen der ISAF als Hilfe für die afghanische Regierung bei der Verteidigung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte klassifiziert Am gleichen Tage musste der afghanische Präsident Karsai ein umstrittenes Gesetz über die Rechte von Mann und Frau in seiner islamischen Gesellschaft an das

Parlament zurückgeben, um die Unvereinbarkeit der Politik vor Ort mit dieser NATO-Erklärung zu dokumentieren. Beim 50. Geburtstag der NATO sprach die Erklärung von Washington von der „Gemeinschaft der Demokratien“, in der die Menschenrechte und die fundamentalen Freiheiten anerkannt sind, wo Grenzen im wachsenden Maße für Menschen, Ideen und Handel offen werden, wo Krieg undenkbar wird. In der sogenannten Erweiterungsstudie der NATO von 1995 wurden die Bedingungen für neue Mitglieder aufgenommen: nämlich die „Förderung und Unterstützung demokratischer Reformen, die Förderung gut nachbarlicher Beziehungen sowie die Verstärkung der Bereitschaft zur Integration und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte und damit Eindämmung von Tendenzen zur Desintegration nach ethnischen und territorialen Leitlinien“. Weiter heißt es dort: „Wie alle heutigen Mitgliedsstaaten müssen sich neue NATO-Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt ihres Beitritts auf der Grundlage des Washingtoner Vertrages dazu verpflichten,...jeden internationalen Streitfall, an dem sie eventuell beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, dass der internationale Frieden, die Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist“. So kam es, dass der frühere SACEUR General Joulwan das Bild von der NATO als „Schule der Demokratie“ benutzte und damit feststellte, dass die bloße Aussicht auf die Mitgliedschaft in der Allianz viele Nationen in Mittel- und Osteuropa erst dazu gebracht hat, sich demokratisch auszurichten, bilaterale Streitfälle zu regeln, dringende Reformen im eigenen Lande anzugehen und ethnische oder territoriale Dispute mit ihren Nachbarn einvernehmlich zu regeln – was vielfach geschehen ist. Der polnische Präsident Kwasniewski ging noch einen Schritt weiter, als er 1999, in der New York Times über die Ziele des NATO-Beitritts seines Landes befragt die knappe Aussage machte: „For Poland it's God and NATO“. Damit war das Atlantische Bündnis endgültig in mindestens zivil-religiöse Sphären aufgerückt. Prosaischer drückte es der ungarische Romancier Peter Nadas aus, der in der International Herald Tribune am 1. Oktober 1996 unter der Überschrift „The duty of democracies, or why Hungary belongs in Nato“ schrieb: „Most Hungarians support joining

NATO not because they are insanely militaristic, but because they believe in democracy“.

Die **Charta der Vereinten Nationen** vom 26. Juni 1945 formuliert den globalen Anspruch auf die Werte des menschlichen Zusammenlebens. In der Präambel wird die Entschlossenheit formuliert, die Grundrechte des Menschen, Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein zu wahren und sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern und für diese Zwecke als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern. Dies war der Anspruch auf die neue Weltordnung nach zwei Weltkriegen, ein Anspruch, der stets neu zu erfüllen ist.

Entwürfe für neue Weltordnungen sind stets nach großen Kriegen vorgelegt worden, so war es mit dem westfälischen Frieden nach dem 30jährigen Krieg, mit dem Wiener Kongress nach den napoleonischen Kriegen, mit dem Versailler Vertrag nach dem 1. Weltkrieg, mit den Beschlüssen von Yalta und Potsdam nach dem 2. Weltkrieg und eben mit der Gründung der UNO und der NATO. Nach dem Ende des kalten Krieges freilich ist dies ausgeblieben, vielmehr gründete sich die Vollendung der europäischen Einigung auf die bereits vorhandene Europäische Union. Vom europäischen Traum ist oft die Rede, der Amerikaner Jeremy Rifkin hat dieser Idee ein ganzes Buch gewidmet und darin ausgeführt, dass dem europäischen Modell die Zukunft gehöre, weil es auf gemeinschaftlichen Werten aufbaue und nicht, wie es der amerikanische Traum mit seinem „pursuit of happiness“ tut, auf die individuellen Ansprüche abhebt. Da kommt ein neuer amerikanischer Präsident gerade recht, der sich „Weltbürger“ nennt und der in seiner Antrittsrede auf die four freedoms seines Vorgängers Roosevelt hingewiesen hatte, die dieser am 6. Januar 1941 zur Grundlage einer künftigen Weltordnung erklärt hatte. Die Betonung von dignity, von Würde der Nation und damit der Verbriefung der Menschenrechte bei jedem außenpolitischen Handeln ist für viele bereits zur Obama-Doktrin stilisiert worden, zur vielleicht neuen außenpolitischen Doktrin

Washingtons. Vor wenigen Wochen haben wir hier an der Universität die Frage diskutiert, ob man deswegen Obama einen „europäischen“ Präsidenten nennen darf, einen also, der europäisch denkt, europäischen Werten verpflichtet ist, in krassem Gegensatz zu seinem direkten Amtsvorgänger George W. Bush.

Oder sind wir Europäer zu hochnäsiger, auf unserer Insel der Glückseligkeit, verglichen mit dem Rest der Welt? Haben wir wirklich die Weisheit gepachtet, wie die neue Weltordnung beschaffen sein sollte? Hatte nicht das Time-Magazine 2004 ironisch gefragt: „Wo erhebt sich (denn) das europäische Interesse an der Welt über das Dilettantische hinaus? Wann wäre die Europäische Union je mit einem Erfolg versprechenden Plan für den Irak, für den Nahen Osten, für Korea hervorgetreten?“ Robert Kagan beschimpfte die Europäer als Menschen von der Venus, Egoisten, die glaubten, das europäische Paradies könnte überall auf der Welt hergestellt werden. Der britische EU-Diplomat Robert Cooper sekundierte dies: „Unter sich mögen die Europäer auf der Grundlage von Gesetzen und einer kooperativen Sicherheit operieren. Aber wenn es um die Welt außerhalb Europas geht, müssen wir zu den rauheren Methoden einer früheren Ära zurückkehren – Gewalt, präventiver Angriff Täuschung, was immer notwendig ist. Unter uns halten wir uns an das Recht, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir auch die Gesetze des Dschungels anwenden“. Hat also der berühmte „Clash of Civilizations“ endgültig die transatlantischen Gewässer erreicht? Ich glaube nicht. Die hunderten Toten westlicher Armeen im Afghanistankrieg legen ein anderes Zeugnis ab. So dialektisch das klingen mag, sie legen mit ihrem gewaltigen und gewalttätigen Einsatz für europäische Werte ein Zeugnis gegen die Gewalt ab, die allen von der UN-Charta verbrieften Werten entgegensteht. Deshalb heißt es in der Europäischen Sicherheitsstrategie ja auch: „Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union ...würde zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer gerechten und sichereren Welt führen würde“.

Anders also wird ein Schuh daraus: finden wir mit Obama zurück zu gemeinsamen transatlantischen Werten, die allein uns in die Lage versetzen würden, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, als da sind das Heraufziehen neuer Weltmächte, die Perspektive erheblicher demografischer Umbrüche, der clash of civilizations, der Niedergang der

US-Superpower, der Klimawandel, der Umbruch des globalen Wirtschaftssystems? Was wird aus unseren europäischen Werten, wenn am Ende dieses Jahrhunderts die Europäer nur mehr 4 % der Weltbevölkerung ausmachen? Lohnt es sich, über den EU-Beitritt der Türkei zu streiten, wenn dieses Land ohnehin in wenigen Jahren die größte Nation in Europa sein wird und Karikaturisten bereits neue Landkarten gemalt haben, die Deutschland als „Neue Türkei“, Frankreich als „Nouvel Algerie“ und Großbritannien als „New Pakistan“ beschreiben? Ist der Niedergang des Westens mit seinen Ideen und Werten nicht längst vorprogrammiert und hat nicht die globale Krise diesen Abwärtstrend ein großes Stück ins rote Feld bewegt? „The end of the West“ ist der Titel eines gerade erschienenen Buches, eine Aussage, die noch, wie lange noch? mit einem Fragezeichen versehen ist. Ist das nicht die Frage aller Fragen, ob wir die transatlantische Verbundenheit mit ihrem Anspruch aus der Präambel des Nordatlantikvertrages, die Zivilisation unserer Völker zu bewahren, zu erhalten und zu festigen, tatsächlich in die Tat umsetzen können und so einen großen Teil des 21. Jahrhunderts für unsere Wertvorstellungen retten können? Der neo-konservative Vordenker Robert Kagan sah dafür zu Beginn des Jahrhunderts gerade einmal 30 Jahre Zeit, bevor andere die Weltordnung in die Hände nähmen und europäisch-amerikanische Werte zu einer quantité négligable verkämen.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im Mai 2002 sagte der amerikanische Präsident George W. Bush, ja genau dieser: „Die Vereinigten Staaten und die Nationen Europas sind mehr als militärische Verbündete, wir sind mehr als Handelspartner, wir sind die Erben derselben Zivilisation. Das Versprechen der Magna Charta, die Lehren Athens, die Kreativität von Paris, das unerschütterliche Gewissen Luthers, der milde Glaube des heiligen Franziskus – all dies ist Teil der amerikanischen Seele. Die neue Welt war erfolgreich, indem sie die Werte der alten Welt respektierte...Die Werte, die wir teilen, verbinden unsere Kulturen und rufen Ablehnung bei unseren Feinden hervor. Diese Werte sind generell wahr und recht. Sie definieren unsere Nationen und unsere Partnerschaft in einzigartiger Weise...Gegen die Herausforderungen unserer Zeit stellen wir unsere innersten Werte und unsere enge Freundschaft...Zusammen mit unseren Freunden bauen wir das Haus der Freiheit – für unsere Zeit und für alle Zeit“. Klingt das nicht nach einer beruhigenden neuen Weltordnung?

Obama hat dies bekräftigt. In seiner Berliner Rede im Juni 2008 sagte er: „Partnerschaft oder Kooperation unter den Nationen ist keine Alternative; es ist der einzige Weg, unsere gemeinsame Sicherheit zu schützen und unsere gemeinsame Menschlichkeit zu befördern...Amerika hat (dafür) keinen besseren Partner als Europa“.

Das Herzstück aller Fragen nach einer globalen Werteordnung aber ist: wird die internationale Ordnung, der globale Wertekonsens unter dem Dach der Vereinten Nationen – oder anderswo, etwa in der „Allianz der Demokratien“- entstehen? Werden wir in der Lage sein, die Weltorganisation mit Hilfe der Europäischen Union, der NATO und den nordamerikanischen Demokratien so zu stärken, dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effizient begegnen kann? Schaffen wir es, das internationale Völkerrecht im Konsens und nicht konfrontativ weiterzuentwickeln? Gelingt es vielleicht sogar, die Herausforderungen für humanitäre Interventionen oder prä-emptive Militärschläge zu definieren? Und können wir all dies am Ende auch in einen moralischen Konsens einbetten? Wird es schließlich sogar gelingen, ein globales Sicherheitssystem zu etablieren?

Insofern, meine Damen und Herren, ich wiederhole es, sind Sie zu beglückwünschen, dass sie die 15. Jahreskonferenz des Vereins Deutscher Akademiker aus Ungarn unter die Überschrift „Menschen, Werte, Nationen“ gestellt haben. Ein Thema, das zeitgemäßer nicht sein könnte. Im letzten Jahr hatten sie die Frage diskutiert: „Unsere Zukunft – Alternative Perspektiven“. Vor dem Hintergrund der Werte, die wir europäisch, transatlantisch, westlich nennen, gibt es keine alternativen Perspektiven, es sei denn, sie würden uns zwangsweise verordnet. Dass dieses nicht geschieht ist oberster Leitsatz von Forschung und Lehre an dieser Universität, deren Existenz uns allen ein Herzensanliegen sein sollte.

Ich danke Ihnen.

BISHER ERSCHIENENE ABHANDLUNGEN:

- 2004/1.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK  
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)  
„Über die akademische und europäische Verantwortung“  
ISBN 963 214 497 X
- 2004/2.** Dr. ANDREAS OPLATKA  
„Stephan Széchenyi 1813 - 1825 - vom Rittmeister  
zum Gründer der Akademie der Wissenschaften“  
ISBN 963 214 322 1
- 2004/3.** Dr. NORBERT LAMMERT  
„Deutsche Sprache und Kultur im zusammenwachsenden Europa“  
ISBN 963 214 323 X
- 2004/4.** Dr. KENGYEL MIKLÓS  
„Zeichen und Symbole in der Justiz Antrittsvorlesung 2003“  
ISBN 963 214 324 8
- 2004/5.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK  
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)  
"Zur Entwicklung der europäischen Integration - im Miteinander von  
Österreich und Ungarn - ein Beitrag auch zu einer Rechts- und  
Wertegemeinschaft?"\*  
ISBN 963 214 707 3
- 2004/6.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
"Auf dem Weg zu einer Neuen Weltordnung Die Rolle von Nato,  
UNO und EU in den internationalen Beziehungen"  
ISBN 963 865 270 5
- 2004/7.** Dr. HEINZ FISCHER  
(*Bundespräsident der Republik Österreich*)  
"Das politische System Österreichs Rückblick und Ausblick"  
ISBN 963 865 271 3
- 2004/8.** Univ-Doz. Dr. GEORG CAVALLAR  
"Die Europäische Union als Wertegemeinschaft:  
die EU-14 Maßnahmen gegen Österreich und der Kopftuchstreit"  
ISBN 963 865 272 1
- 2005/9.** Dr. WOLFGANG SCHÄUBLE  
"Herausforderungen für Europa"  
ISBN 963 865 273 X
- 2005/10.** VOLKER BOUFIER  
"Sicherheitspolitische Herausforderungen  
in der erweiterten Europäischen Union"  
ISBN 963 865 273 X

- 2005/11.** Dr. MICHAEL INACKER  
*(Vice President, External Affairs & Public Policy DaimlerChrysler AG, Stuttgart)*  
 Außenpolitik durch Unternehmen?  
 Die Ökonomisierung der internationalen Politik  
 ISBN 963 865 276 4
- 2006/12.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Der Auswärtige Dienst  
 ISBN 963 865 277 2
- 2006/13.** JEAN-DANIEL GERBER  
 (Staatssekretär, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Bern, Schweiz)  
 „Kann das internationale Wirtschaftssystem  
 Die Herausforderungen der Zukunft meistern?“  
 ISBN 963 865 279 9
- 2006/14-15.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 „Zivilreligion im Euro-Atlantischen Raum“  
 „Die Nato geht auf Globale Partnersuche“  
 ISBN 963 873 010 2, ISBN 963 873 011 0
- 2006/16.** Dr. KLINGHAMMER ISTVÁN  
 Begrüßungsrede den 15.9.2006 Andrassy Universität Budapest  
 ISBN 963 873 012 9 (978-963-87301-2-1)
- 2007/17.** Prof. Dr. LUDGER KÜHNHARDT  
 Mentalität und Identität:  
 Über die Europäisierung der Nationalstaaten und ihrer politischen Kultur  
 ISBN 978-963-87301-4-5
- 2007/18.** Kunst des Machbaren. Vielfältige Beziehungen  
 zwischen Ungarn und Deutschland.  
 Besuch der BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL  
 an der Andrassy Universität Budapest (21.08.2007)  
 Veröffentlicht mit Genehmigung der Bundesregierung Deutschlands  
 ISBN: 978-963-87301-6-9
- 2008/19.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Der Fall Belgien  
*Vortrag Andrassy Universität Budapest am 23.04.2008*  
 ISBN 978-963-87301-7-6
- 2009/20.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Europäische Erwartungen an Präsident Obama  
*Vortrag an der Andrassy Universität Budapest am 20.02.2009*  
 ISBN 978-963-87301-9-0
- 2009/21.** Prof. Dr. ANDRÁS MASÁT  
 „Nationenbildung, kulturelles Gedächtnis und Fremderfahrung“  
*Vortrag an der Andrassy Universität am 05.11..2008 in Budapest*  
 ISBN 978-963-87301-9-0

© 2009/22. ANDRÁSSY UNIVERSITÄT

H - 1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.

Tel.: + 36 1 266 31 01; Fax: + 36 1 266 30 99

Postanschrift: H-1464 Budapest, Pf.: 1422

E-Mail: [bibliothek@andrassyuni.hu](mailto:bibliothek@andrassyuni.hu)

Internet: [www.andrassyuni.hu](http://www.andrassyuni.hu)

ISSN: 1785-3907

ISBN: 978-963-88373-0-1



Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

## ANDRÁSSY-ABHANDLUNGEN

ANDRÁSSY - ABHANDLUNGEN

Abhandlung Nr. 22

Prof. Dr. Reinhard Bettzuege

**Vortrag Andrassy Universität  
Jubiläumskonferenz des Vereins Deutscher  
Akademiker aus Ungarn  
am 25.04.2009**

**Prof. Dr. Reinhard Bettzuege**

**Vortrag Andrassy Universität**

**Jubiläumskonferenz des Vereins Deutscher Akademiker aus  
Ungarn am 25.04.2009**

## **Globale Werte im 21. Jahrhundert**

Wenige Tage vor dem 5. Jahrestag des Beitritts Ungarns zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 ziemt es sich, eine neue Weltordnung und ihre Werte aus europäischer oder präziser aus der EU-Perspektive zu betrachten. Von dieser eigenen Standortbestimmung hängen die Antworten auf alle Fragen ab, die wir auf der Grundlage unserer Zivilisation für eine künftige Werteordnung, wie wir sie uns vorstellen, zu geben haben. Insofern beglückwünsche ich den Verein Deutscher Akademiker aus Ungarn zum Thema, das er seiner 15. Jahreskonferenz gegeben hat, nämlich „Menschen, Werte, Nationen“ – es könnte nicht besser gewählt sein.

Im Vertrag über eine **Verfassung für Europa**, kurz **Lissabon-Vertrag** genannt, heißt es knapp, aber deutlich:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnen“.

Die Präambel zur **Charta der Grundrechte der Union** ist ausführlicher.

„In dem Bewußtsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.

Die Union trägt zur Erhaltung und Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedsstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei. Sie ist bestrebt, eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu fördern und stellt den freien Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit sicher“.

Die enumerative Aufzählung der Grundrechte in dieser Charta der Union ist allumfassend. Wie im Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht die Würde des Menschen allem voran: sie ist unantastbar, sie ist zu achten und zu schützen. Das Recht auf Leben folgt, auf Unversehrtheit, auf Freiheit und Sicherheit, auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit,, auf Freiheit der Meinungsäußerung, auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, auf die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, auf Berufsfreiheit und das Recht zu arbeiten, auf unternehmerische Freiheit. Das Recht auf Bildung wird gewährt, ebenso wie das Asylrecht, das Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen, die Achtung des Privat- und Familienlebens wird garantiert, ebenso wie die Rechte älterer Menschen.

Nichts von dem ist selbstverständlich, das zeigen die aufgeregten Diskussionen in unserem Land über die ehemalige DDR - war sie ein Unrechtsstaat – oder doch irgendwie liebenswert, nicht alles war schlecht, formulierte ein Ministerpräsident eines neuen Bundeslandes 20 Jahre nach dem Mauerfall. Und in Ungarn hält nach einer jüngsten Umfrage jeder zweite Bürger Herrn Janos Kadar für eine „eher positive Figur“. War nicht der Mauerfall ein Fest der Menschenwürde? Die friedliche Revolution in Deutschland war ein Fest, das den Kalten Krieg beendete und die Diktatur in Ost- und Südosteuropa beendete. Sie war eine Voraussetzung auch für die Einigung Europas. Die Verfassung der Europäischen Union hier in Ungarn im einzelnen zu zitieren, ebenfalls 20 Jahre danach, ist kein müßiges Unterfangen, sondern lenkt den Blick zurück auf Zeiten, Jahrzehnte nämlich, wo solche Werte nur virtuelle

Qualität besaßen. Dürfen wir also hoffen, dass hierzulande der anstehende 5. Geburtstag der EU-Mitgliedschaft Ungarns diese Erinnerung pflegt und dies sich auch in der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament niederschlägt? Oder müssen wir vor dem Hintergrund aktueller Erfahrungen der Bürger dieses Landes gefasst sein auf ein Euro-bashing oder, schlimmer noch, wird die Wirtschaftskrise mit all ihren negativen Folgen Einfluss bekommen auf unsere Moral, unsere Ethik, unsere Wertvorstellungen? Dabei hatte t Vaclav Havel von einer „neuen Lebensqualität“ gesprochen, als er die Rückkehr seines Landes in die westliche Wertegemeinschaft feierte, eine Lebensqualität, die er in erster Linie mit den Begriffen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte präziserte.

Wieviel Wert aber haben solche Werte in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise? Ist die Frage „Schafft Ethik Wachstum?“ inzwischen pervers? Von Max Weber wissen wir, dass Ethik geordnetes Wachstum beflügeln kann. Aber welches Wachstum ist gemeint? Umsatzzahlen oder Bilanzsummen, fragwürdige Produktion von Rüstungsgütern und Massenvernichtungswaffen, Raubtierkapitalismus oder nachhaltige Wertschöpfung? Gibt es einen anerkannten Wert der Wirtschaft, der da lautet: „Rendite“ oder sogar „immer mehr Rendite“? Ist Shareholder-value nicht gerade Unwort des Jahres geworden? Wir befinden uns doch inmitten eines Suchspiels zwischen kapitalistischem Wildwuchs und wirtschaftlichem Wachstum und müssen Fragen beantworten, die offenbar niemand so recht vorausgesehen hat, weder in Amerika, noch in Europa. Auch deswegen ist es beruhigend, zu wissen, auf welchen Grundwerten unsere Gesellschaften gebaut sind, wie immer müssen sie sich gerade in Krisenzeiten besonders bewähren. Denn Krisen fördern den verklärten Blick zurück, auf den angeblich besseren sozialen Zusammenhalt, die wohlige Stallwärme des Kollektivs, den vermeintlich sicheren Arbeitsplatz, die soziale Versorgung von der Wiege bis zur Bahre oder die Gratis-Kinderkrippen. Der anstehende Jahrestag aber erinnert an 20 Jahre Freiheit für alle Europäer – und das ist kein geringes Gut.

Zum **50. Geburtstag** formulierte die Union mit ihrer „**Berliner Erklärung**“ „eine neue Grundlage für Europa“. Darin finden sich werthaltige Schlagworte wie diese:

„Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Respekt und Verantwortung, Wohlstand und Sicherheit, Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung, friedliche Konfliktlösung und Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheiten, Klimaschutz“. Vor allem aber erinnert die Erklärung daran, dass Europa über Jahrhunderte „eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung“ war und dass sich diese Hoffnung erfüllt hat. Übrigens auch und ganz besonders hier an unserer Universität, die seit sieben Jahren so viele europäische Studenten im Studium der europäischen Realitäten vereint. „Wir haben, so sagt es die Berliner Erklärung, „unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen...Wir...sind zu unserem Glück vereint“. Skeptiker freilich verweisen auf den dort auch beschworenen wirtschaftlichen Erfolg, den gemeinsamen Markt und den Euro: so können wir, so lautet das Zitat, die „zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten“. Möge dies als Mut machende Perspektive in der Erscheinungen Flucht gelesen werden. Ein Interview mit Mikis Theodorakis, der Symbolfigur des demokratischen Griechenlands, in der FAZ vom letzten Wochenende gibt da zu denken: „Wir haben in Europa Pressefreiheit, Redefreiheit, Reisefreiheit“, so sagte er, „Hitler, Mussolini und Franco liegen hinter uns. Mit den uns gegebenen Mitteln müssen wir den Tanz ums Goldene Kalb unterbrechen. Unser Reichtum liegt nicht auf einem Bankkonto, wie ein Berlusconi uns das vormachen will. Unser Reichtum sind Bildung und Kultur. Es ist richtig und notwendig, das immer wieder einzufordern“. Das stimmt zwar, aber der Mensch lebt nicht von Kultur allein, er muss auch überleben können. Rechtsradikale Tendenzen in europäischen Ländern jedenfalls nehmen zu in Zeiten der Krise und verengen unsere hehren europäischen Werte in banaler Weise.

Jose Manuel Barroso hatte die Berliner Erklärung „ein Signal der Verpflichtung genannt, eine gemeinsame Willenserklärung der Mitgliedsstaaten, des Parlaments und der Kommission“ und hatte die Erweiterung der Union, die einmal aus nur sechs Staaten bestand, als einen „der größten Erfolge der Geschichte“ gewürdigt. Gerade an der

Frage der fortgesetzten Erweiterung unserer Union aber unterscheiden sich die Geister, die einen möchten die Türkei drinnen haben, die anderen sind allenfalls für eine „privilegierte Partnerschaft“ – was nicht zuletzt mit unseren Werten zu tun hat, auch unseren christlichen Werten, die von der Türkei mitzutragen wären. Die Erkundungsreisen katholischer und protestantischer Bischöfe ins Land am Bosphorus haben dort aber mehr kritische Fragen als beruhigende Antworten in Sachen Religionsfreiheit und Minderheitenschutz zutage gefördert, die Einlassungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Deutschland zur Integration seiner türkischen Staatsbürger im Gast land Deutschland und die Rolle, die er bei der Wahl des neuen NATO-Generalsekretärs gespielt hat, waren ebenfalls alarmierend. Wir erinnern uns: die deutsche Ratspräsidentin Angela Merkel hatte 2007 auch versprochen, die EU bis zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009 auf „eine erneuerte gemeinsame Grundlage“ zu stellen – woran weiter gearbeitet wird.

Ein anderes Jubiläum haben wir vor kurzem in Straßburg und Kehl gefeiert, den **60. Geburtstag der NATO**. Im zweiten Satz der „Erklärung über die Sicherheit der Allianz“ vom 4. April 2009 werden die Werte, Ziele und Verpflichtungen des Nordatlantikvertrages wie die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen gewürdigt, Werte, die in der Präambel des Vertrages vom 4. April 1949 präzise beschrieben werden: „Die Parteien dieses Vertrages“, so heißt es dort, „sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten. Sie sind bestrebt, die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet zu fördern“. Im Gipfelkommuniqué von Straßburg werden die gemeinsamen Werte ausführlich dargestellt: Respekt für Menschenrechte, territoriale Integrität, Souveränität aller Staaten einschließlich des Rechts, sich einer Allianz der eigenen Wahl anzuschließen sowie die Notwendigkeit der Einhaltung internationaler Verpflichtungen und Vereinbarungen. In der Afghanistan-Erklärung vom gleichen Tage werden die Anstrengungen der ISAF als Hilfe für die afghanische Regierung bei der Verteidigung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte klassifiziert Am gleichen Tage musste der afghanische Präsident Karsai ein umstrittenes Gesetz über die Rechte von Mann und Frau in seiner islamischen Gesellschaft an das

Parlament zurückgeben, um die Unvereinbarkeit der Politik vor Ort mit dieser NATO-Erklärung zu dokumentieren. Beim 50. Geburtstag der NATO sprach die Erklärung von Washington von der „Gemeinschaft der Demokratien“, in der die Menschenrechte und die fundamentalen Freiheiten anerkannt sind, wo Grenzen im wachsenden Maße für Menschen, Ideen und Handel offen werden, wo Krieg undenkbar wird. In der sogenannten Erweiterungsstudie der NATO von 1995 wurden die Bedingungen für neue Mitglieder aufgenommen: nämlich die „Förderung und Unterstützung demokratischer Reformen, die Förderung gut nachbarlicher Beziehungen sowie die Verstärkung der Bereitschaft zur Integration und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte und damit Eindämmung von Tendenzen zur Desintegration nach ethnischen und territorialen Leitlinien“. Weiter heißt es dort: „Wie alle heutigen Mitgliedsstaaten müssen sich neue NATO-Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt ihres Beitritts auf der Grundlage des Washingtoner Vertrages dazu verpflichten,...jeden internationalen Streitfall, an dem sie eventuell beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, dass der internationale Frieden, die Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist“. So kam es, dass der frühere SACEUR General Joulwan das Bild von der NATO als „Schule der Demokratie“ benutzte und damit feststellte, dass die bloße Aussicht auf die Mitgliedschaft in der Allianz viele Nationen in Mittel- und Osteuropa erst dazu gebracht hat, sich demokratisch auszurichten, bilaterale Streitfälle zu regeln, dringende Reformen im eigenen Lande anzugehen und ethnische oder territoriale Dispute mit ihren Nachbarn einvernehmlich zu regeln – was vielfach geschehen ist. Der polnische Präsident Kwasniewski ging noch einen Schritt weiter, als er 1999, in der New York Times über die Ziele des NATO-Beitritts seines Landes befragt die knappe Aussage machte: „For Poland it's God and NATO“. Damit war das Atlantische Bündnis endgültig in mindestens zivil-religiöse Sphären aufgerückt. Prosaischer drückte es der ungarische Romancier Peter Nadas aus, der in der International Herald Tribune am 1. Oktober 1996 unter der Überschrift „The duty of democracies, or why Hungary belongs in Nato“ schrieb: „Most Hungarians support joining

NATO not because they are insanely militaristic, but because they believe in democracy“.

Die **Charta der Vereinten Nationen** vom 26. Juni 1945 formuliert den globalen Anspruch auf die Werte des menschlichen Zusammenlebens. In der Präambel wird die Entschlossenheit formuliert, die Grundrechte des Menschen, Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein zu wahren und sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern und für diese Zwecke als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern. Dies war der Anspruch auf die neue Weltordnung nach zwei Weltkriegen, ein Anspruch, der stets neu zu erfüllen ist.

Entwürfe für neue Weltordnungen sind stets nach großen Kriegen vorgelegt worden, so war es mit dem westfälischen Frieden nach dem 30jährigen Krieg, mit dem Wiener Kongress nach den napoleonischen Kriegen, mit dem Versailler Vertrag nach dem 1. Weltkrieg, mit den Beschlüssen von Yalta und Potsdam nach dem 2. Weltkrieg und eben mit der Gründung der UNO und der NATO. Nach dem Ende des kalten Krieges freilich ist dies ausgeblieben, vielmehr gründete sich die Vollendung der europäischen Einigung auf die bereits vorhandene Europäische Union. Vom europäischen Traum ist oft die Rede, der Amerikaner Jeremy Rifkin hat dieser Idee ein ganzes Buch gewidmet und darin ausgeführt, dass dem europäischen Modell die Zukunft gehöre, weil es auf gemeinschaftlichen Werten aufbaue und nicht, wie es der amerikanische Traum mit seinem „pursuit of happiness“ tut, auf die individuellen Ansprüche abhebt. Da kommt ein neuer amerikanischer Präsident gerade recht, der sich „Weltbürger“ nennt und der in seiner Antrittsrede auf die four freedoms seines Vorgängers Roosevelt hingewiesen hatte, die dieser am 6. Januar 1941 zur Grundlage einer künftigen Weltordnung erklärt hatte. Die Betonung von dignity, von Würde der Nation und damit der Verbriefung der Menschenrechte bei jedem außenpolitischen Handeln ist für viele bereits zur Obama-Doktrin stilisiert worden, zur vielleicht neuen außenpolitischen Doktrin

Washingtons. Vor wenigen Wochen haben wir hier an der Universität die Frage diskutiert, ob man deswegen Obama einen „europäischen“ Präsidenten nennen darf, einen also, der europäisch denkt, europäischen Werten verpflichtet ist, in krassem Gegensatz zu seinem direkten Amtsvorgänger George W. Bush.

Oder sind wir Europäer zu hochnäsiger, auf unserer Insel der Glückseligkeit, verglichen mit dem Rest der Welt? Haben wir wirklich die Weisheit gepachtet, wie die neue Weltordnung beschaffen sein sollte? Hatte nicht das Time-Magazine 2004 ironisch gefragt: „Wo erhebt sich (denn) das europäische Interesse an der Welt über das Dilettantische hinaus? Wann wäre die Europäische Union je mit einem Erfolg versprechenden Plan für den Irak, für den Nahen Osten, für Korea hervorgetreten?“ Robert Kagan beschimpfte die Europäer als Menschen von der Venus, Egoisten, die glaubten, das europäische Paradies könnte überall auf der Welt hergestellt werden. Der britische EU-Diplomat Robert Cooper sekundierte dies: „Unter sich mögen die Europäer auf der Grundlage von Gesetzen und einer kooperativen Sicherheit operieren. Aber wenn es um die Welt außerhalb Europas geht, müssen wir zu den rauheren Methoden einer früheren Ära zurückkehren – Gewalt, präventiver Angriff Täuschung, was immer notwendig ist. Unter uns halten wir uns an das Recht, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir auch die Gesetze des Dschungels anwenden“. Hat also der berühmte „Clash of Civilizations“ endgültig die transatlantischen Gewässer erreicht? Ich glaube nicht. Die hunderten Toten westlicher Armeen im Afghanistankrieg legen ein anderes Zeugnis ab. So dialektisch das klingen mag, sie legen mit ihrem gewaltigen und gewalttätigen Einsatz für europäische Werte ein Zeugnis gegen die Gewalt ab, die allen von der UN-Charta verbrieften Werten entgegensteht. Deshalb heißt es in der Europäischen Sicherheitsstrategie ja auch: „Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union ...würde zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer gerechten und sichereren Welt führen würde“.

Anders also wird ein Schuh daraus: finden wir mit Obama zurück zu gemeinsamen transatlantischen Werten, die allein uns in die Lage versetzen würden, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, als da sind das Heraufziehen neuer Weltmächte, die Perspektive erheblicher demografischer Umbrüche, der clash of civilizations, der Niedergang der

US-Superpower, der Klimawandel, der Umbruch des globalen Wirtschaftssystems? Was wird aus unseren europäischen Werten, wenn am Ende dieses Jahrhunderts die Europäer nur mehr 4 % der Weltbevölkerung ausmachen? Lohnt es sich, über den EU-Beitritt der Türkei zu streiten, wenn dieses Land ohnehin in wenigen Jahren die größte Nation in Europa sein wird und Karikaturisten bereits neue Landkarten gemalt haben, die Deutschland als „Neue Türkei“, Frankreich als „Nouvel Algerie“ und Großbritannien als „New Pakistan“ beschreiben? Ist der Niedergang des Westens mit seinen Ideen und Werten nicht längst vorprogrammiert und hat nicht die globale Krise diesen Abwärtstrend ein großes Stück ins rote Feld bewegt? „The end of the West“ ist der Titel eines gerade erschienenen Buches, eine Aussage, die noch, wie lange noch? mit einem Fragezeichen versehen ist. Ist das nicht die Frage aller Fragen, ob wir die transatlantische Verbundenheit mit ihrem Anspruch aus der Präambel des Nordatlantikvertrages, die Zivilisation unserer Völker zu bewahren, zu erhalten und zu festigen, tatsächlich in die Tat umsetzen können und so einen großen Teil des 21. Jahrhunderts für unsere Wertvorstellungen retten können? Der neo-konservative Vordenker Robert Kagan sah dafür zu Beginn des Jahrhunderts gerade einmal 30 Jahre Zeit, bevor andere die Weltordnung in die Hände nähmen und europäisch-amerikanische Werte zu einer quantité négligable verkämen.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im Mai 2002 sagte der amerikanische Präsident George W. Bush, ja genau dieser: „Die Vereinigten Staaten und die Nationen Europas sind mehr als militärische Verbündete, wir sind mehr als Handelspartner, wir sind die Erben derselben Zivilisation. Das Versprechen der Magna Charta, die Lehren Athens, die Kreativität von Paris, das unerschütterliche Gewissen Luthers, der milde Glaube des heiligen Franziskus – all dies ist Teil der amerikanischen Seele. Die neue Welt war erfolgreich, indem sie die Werte der alten Welt respektierte...Die Werte, die wir teilen, verbinden unsere Kulturen und rufen Ablehnung bei unseren Feinden hervor. Diese Werte sind generell wahr und recht. Sie definieren unsere Nationen und unsere Partnerschaft in einzigartiger Weise...Gegen die Herausforderungen unserer Zeit stellen wir unsere innersten Werte und unsere enge Freundschaft...Zusammen mit unseren Freunden bauen wir das Haus der Freiheit – für unsere Zeit und für alle Zeit“. Klingt das nicht nach einer beruhigenden neuen Weltordnung?

Obama hat dies bekräftigt. In seiner Berliner Rede im Juni 2008 sagte er: „Partnerschaft oder Kooperation unter den Nationen ist keine Alternative; es ist der einzige Weg, unsere gemeinsame Sicherheit zu schützen und unsere gemeinsame Menschlichkeit zu befördern...Amerika hat (dafür) keinen besseren Partner als Europa“.

Das Herzstück aller Fragen nach einer globalen Werteordnung aber ist: wird die internationale Ordnung, der globale Wertekonsens unter dem Dach der Vereinten Nationen – oder anderswo, etwa in der „Allianz der Demokratien“- entstehen? Werden wir in der Lage sein, die Weltorganisation mit Hilfe der Europäischen Union, der NATO und den nordamerikanischen Demokratien so zu stärken, dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effizient begegnen kann? Schaffen wir es, das internationale Völkerrecht im Konsens und nicht konfrontativ weiterzuentwickeln? Gelingt es vielleicht sogar, die Herausforderungen für humanitäre Interventionen oder prä-emptive Militärschläge zu definieren? Und können wir all dies am Ende auch in einen moralischen Konsens einbetten? Wird es schließlich sogar gelingen, ein globales Sicherheitssystem zu etablieren?

Insofern, meine Damen und Herren, ich wiederhole es, sind Sie zu beglückwünschen, dass sie die 15. Jahreskonferenz des Vereins Deutscher Akademiker aus Ungarn unter die Überschrift „Menschen, Werte, Nationen“ gestellt haben. Ein Thema, das zeitgemäßer nicht sein könnte. Im letzten Jahr hatten sie die Frage diskutiert: „Unsere Zukunft – Alternative Perspektiven“. Vor dem Hintergrund der Werte, die wir europäisch, transatlantisch, westlich nennen, gibt es keine alternativen Perspektiven, es sei denn, sie würden uns zwangsweise verordnet. Dass dieses nicht geschieht ist oberster Leitsatz von Forschung und Lehre an dieser Universität, deren Existenz uns allen ein Herzensanliegen sein sollte.

Ich danke Ihnen.

BISHER ERSCHIENENE ABHANDLUNGEN:

- 2004/1.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK  
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)  
„Über die akademische und europäische Verantwortung“  
ISBN 963 214 497 X
- 2004/2.** Dr. ANDREAS OPLATKA  
„Stephan Széchenyi 1813 - 1825 - vom Rittmeister  
zum Gründer der Akademie der Wissenschaften“  
ISBN 963 214 322 1
- 2004/3.** Dr. NORBERT LAMMERT  
„Deutsche Sprache und Kultur im zusammenwachsenden Europa“  
ISBN 963 214 323 X
- 2004/4.** Dr. KENGYEL MIKLÓS  
„Zeichen und Symbole in der Justiz Antrittsvorlesung 2003“  
ISBN 963 214 324 8
- 2004/5.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK  
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)  
"Zur Entwicklung der europäischen Integration - im Miteinander von  
Österreich und Ungarn - ein Beitrag auch zu einer Rechts- und  
Wertegemeinschaft?"\*  
ISBN 963 214 707 3
- 2004/6.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
"Auf dem Weg zu einer Neuen Weltordnung Die Rolle von Nato,  
UNO und EU in den internationalen Beziehungen"  
ISBN 963 865 270 5
- 2004/7.** Dr. HEINZ FISCHER  
(*Bundespräsident der Republik Österreich*)  
"Das politische System Österreichs Rückblick und Ausblick"  
ISBN 963 865 271 3
- 2004/8.** Univ-Doz. Dr. GEORG CAVALLAR  
"Die Europäische Union als Wertegemeinschaft:  
die EU-14 Maßnahmen gegen Österreich und der Kopftuchstreit"  
ISBN 963 865 272 1
- 2005/9.** Dr. WOLFGANG SCHÄUBLE  
"Herausforderungen für Europa"  
ISBN 963 865 273 X
- 2005/10.** VOLKER BOUFIER  
"Sicherheitspolitische Herausforderungen  
in der erweiterten Europäischen Union"  
ISBN 963 865 273 X

- 2005/11.** Dr. MICHAEL INACKER  
*(Vice President, External Affairs & Public Policy DaimlerChrysler AG, Stuttgart)*  
 Außenpolitik durch Unternehmen?  
 Die Ökonomisierung der internationalen Politik  
 ISBN 963 865 276 4
- 2006/12.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Der Auswärtige Dienst  
 ISBN 963 865 277 2
- 2006/13.** JEAN-DANIEL GERBER  
 (Staatssekretär, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Bern, Schweiz)  
 „Kann das internationale Wirtschaftssystem  
 Die Herausforderungen der Zukunft meistern?“  
 ISBN 963 865 279 9
- 2006/14-15.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 „Zivilreligion im Euro-Atlantischen Raum“  
 „Die Nato geht auf Globale Partnersuche“  
 ISBN 963 873 010 2, ISBN 963 873 011 0
- 2006/16.** Dr. KLINGHAMMER ISTVÁN  
 Begrüßungsrede den 15.9.2006 Andrassy Universität Budapest  
 ISBN 963 873 012 9 (978-963-87301-2-1)
- 2007/17.** Prof. Dr. LUDGER KÜHNHARDT  
 Mentalität und Identität:  
 Über die Europäisierung der Nationalstaaten und ihrer politischen Kultur  
 ISBN 978-963-87301-4-5
- 2007/18.** Kunst des Machbaren. Vielfältige Beziehungen  
 zwischen Ungarn und Deutschland.  
 Besuch der BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL  
 an der Andrassy Universität Budapest (21.08.2007)  
 Veröffentlicht mit Genehmigung der Bundesregierung Deutschlands  
 ISBN: 978-963-87301-6-9
- 2008/19.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Der Fall Belgien  
*Vortrag Andrassy Universität Budapest am 23.04.2008*  
 ISBN 978-963-87301-7-6
- 2009/20.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Europäische Erwartungen an Präsident Obama  
*Vortrag an der Andrassy Universität Budapest am 20.02.2009*  
 ISBN 978-963-87301-9-0
- 2009/21.** Prof. Dr. ANDRÁS MASÁT  
 „Nationenbildung, kulturelles Gedächtnis und Fremderfahrung“  
*Vortrag an der Andrassy Universität am 05.11..2008 in Budapest*  
 ISBN 978-963-87301-9-0

© 2009/22. ANDRÁSSY UNIVERSITÄT

H - 1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.

Tel.: + 36 1 266 31 01; Fax: + 36 1 266 30 99

Postanschrift: H-1464 Budapest, Pf.: 1422

E-Mail: [bibliothek@andrassyuni.hu](mailto:bibliothek@andrassyuni.hu)

Internet: [www.andrassyuni.hu](http://www.andrassyuni.hu)

ISSN: 1785-3907

ISBN: 978-963-88373-0-1



Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

## ANDRÁSSY-ABHANDLUNGEN

ANDRÁSSY - ABHANDLUNGEN

Abhandlung Nr. 22

Prof. Dr. Reinhard Bettzuege

**Vortrag Andrassy Universität  
Jubiläumskonferenz des Vereins Deutscher  
Akademiker aus Ungarn  
am 25.04.2009**

**Prof. Dr. Reinhard Bettzuege**

**Vortrag Andrassy Universität**

**Jubiläumskonferenz des Vereins Deutscher Akademiker aus  
Ungarn am 25.04.2009**

## **Globale Werte im 21. Jahrhundert**

Wenige Tage vor dem 5. Jahrestag des Beitritts Ungarns zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 ziemt es sich, eine neue Weltordnung und ihre Werte aus europäischer oder präziser aus der EU-Perspektive zu betrachten. Von dieser eigenen Standortbestimmung hängen die Antworten auf alle Fragen ab, die wir auf der Grundlage unserer Zivilisation für eine künftige Werteordnung, wie wir sie uns vorstellen, zu geben haben. Insofern beglückwünsche ich den Verein Deutscher Akademiker aus Ungarn zum Thema, das er seiner 15. Jahreskonferenz gegeben hat, nämlich „Menschen, Werte, Nationen“ – es könnte nicht besser gewählt sein.

Im Vertrag über eine **Verfassung für Europa**, kurz **Lissabon-Vertrag** genannt, heißt es knapp, aber deutlich:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnen“.

Die Präambel zur **Charta der Grundrechte der Union** ist ausführlicher.

„In dem Bewußtsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.

Die Union trägt zur Erhaltung und Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedsstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei. Sie ist bestrebt, eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu fördern und stellt den freien Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit sicher“.

Die enumerative Aufzählung der Grundrechte in dieser Charta der Union ist allumfassend. Wie im Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht die Würde des Menschen allem voran: sie ist unantastbar, sie ist zu achten und zu schützen. Das Recht auf Leben folgt, auf Unversehrtheit, auf Freiheit und Sicherheit, auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit,, auf Freiheit der Meinungsäußerung, auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, auf die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, auf Berufsfreiheit und das Recht zu arbeiten, auf unternehmerische Freiheit. Das Recht auf Bildung wird gewährt, ebenso wie das Asylrecht, das Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen, die Achtung des Privat- und Familienlebens wird garantiert, ebenso wie die Rechte älterer Menschen.

Nichts von dem ist selbstverständlich, das zeigen die aufgeregten Diskussionen in unserem Land über die ehemalige DDR - war sie ein Unrechtsstaat – oder doch irgendwie liebenswert, nicht alles war schlecht, formulierte ein Ministerpräsident eines neuen Bundeslandes 20 Jahre nach dem Mauerfall. Und in Ungarn hält nach einer jüngsten Umfrage jeder zweite Bürger Herrn Janos Kadar für eine „eher positive Figur“. War nicht der Mauerfall ein Fest der Menschenwürde? Die friedliche Revolution in Deutschland war ein Fest, das den Kalten Krieg beendete und die Diktatur in Ost- und Südosteuropa beendete. Sie war eine Voraussetzung auch für die Einigung Europas. Die Verfassung der Europäischen Union hier in Ungarn im einzelnen zu zitieren, ebenfalls 20 Jahre danach, ist kein müßiges Unterfangen, sondern lenkt den Blick zurück auf Zeiten, Jahrzehnte nämlich, wo solche Werte nur virtuelle

Qualität besaßen. Dürfen wir also hoffen, dass hierzulande der anstehende 5. Geburtstag der EU-Mitgliedschaft Ungarns diese Erinnerung pflegt und dies sich auch in der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament niederschlägt? Oder müssen wir vor dem Hintergrund aktueller Erfahrungen der Bürger dieses Landes gefasst sein auf ein Euro-bashing oder, schlimmer noch, wird die Wirtschaftskrise mit all ihren negativen Folgen Einfluss bekommen auf unsere Moral, unsere Ethik, unsere Wertvorstellungen? Dabei hatte t Vaclav Havel von einer „neuen Lebensqualität“ gesprochen, als er die Rückkehr seines Landes in die westliche Wertegemeinschaft feierte, eine Lebensqualität, die er in erster Linie mit den Begriffen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte präziserte.

Wieviel Wert aber haben solche Werte in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise? Ist die Frage „Schafft Ethik Wachstum?“ inzwischen pervers? Von Max Weber wissen wir, dass Ethik geordnetes Wachstum beflügeln kann. Aber welches Wachstum ist gemeint? Umsatzzahlen oder Bilanzsummen, fragwürdige Produktion von Rüstungsgütern und Massenvernichtungswaffen, Raubtierkapitalismus oder nachhaltige Wertschöpfung? Gibt es einen anerkannten Wert der Wirtschaft, der da lautet: „Rendite“ oder sogar „immer mehr Rendite“? Ist Shareholder-value nicht gerade Unwort des Jahres geworden? Wir befinden uns doch inmitten eines Suchspiels zwischen kapitalistischem Wildwuchs und wirtschaftlichem Wachstum und müssen Fragen beantworten, die offenbar niemand so recht vorausgahnt hat, weder in Amerika, noch in Europa. Auch deswegen ist es beruhigend, zu wissen, auf welchen Grundwerten unsere Gesellschaften gebaut sind, wie immer müssen sie sich gerade in Krisenzeiten besonders bewähren. Denn Krisen fördern den verklärten Blick zurück, auf den angeblich besseren sozialen Zusammenhalt, die wohlige Stallwärme des Kollektivs, den vermeintlich sicheren Arbeitsplatz, die soziale Versorgung von der Wiege bis zur Bahre oder die Gratis-Kinderkrippen. Der anstehende Jahrestag aber erinnert an 20 Jahre Freiheit für alle Europäer – und das ist kein geringes Gut.

Zum **50. Geburtstag** formulierte die Union mit ihrer „**Berliner Erklärung**“ „eine neue Grundlage für Europa“. Darin finden sich werthaltige Schlagworte wie diese:

„Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Respekt und Verantwortung, Wohlstand und Sicherheit, Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung, friedliche Konfliktlösung und Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheiten, Klimaschutz“. Vor allem aber erinnert die Erklärung daran, dass Europa über Jahrhunderte „eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung“ war und dass sich diese Hoffnung erfüllt hat. Übrigens auch und ganz besonders hier an unserer Universität, die seit sieben Jahren so viele europäische Studenten im Studium der europäischen Realitäten vereint. „Wir haben, so sagt es die Berliner Erklärung, „unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen...Wir...sind zu unserem Glück vereint“. Skeptiker freilich verweisen auf den dort auch beschworenen wirtschaftlichen Erfolg, den gemeinsamen Markt und den Euro: so können wir, so lautet das Zitat, die „zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten“. Möge dies als Mut machende Perspektive in der Erscheinungen Flucht gelesen werden. Ein Interview mit Mikis Theodorakis, der Symbolfigur des demokratischen Griechenlands, in der FAZ vom letzten Wochenende gibt da zu denken: „Wir haben in Europa Pressefreiheit, Redefreiheit, Reisefreiheit“, so sagte er, „Hitler, Mussolini und Franco liegen hinter uns. Mit den uns gegebenen Mitteln müssen wir den Tanz ums Goldene Kalb unterbrechen. Unser Reichtum liegt nicht auf einem Bankkonto, wie ein Berlusconi uns das vormachen will. Unser Reichtum sind Bildung und Kultur. Es ist richtig und notwendig, das immer wieder einzufordern“. Das stimmt zwar, aber der Mensch lebt nicht von Kultur allein, er muss auch überleben können. Rechtsradikale Tendenzen in europäischen Ländern jedenfalls nehmen zu in Zeiten der Krise und verengen unsere hehren europäischen Werte in banaler Weise.

Jose Manuel Barroso hatte die Berliner Erklärung „ein Signal der Verpflichtung genannt, eine gemeinsame Willenserklärung der Mitgliedsstaaten, des Parlaments und der Kommission“ und hatte die Erweiterung der Union, die einmal aus nur sechs Staaten bestand, als einen „der größten Erfolge der Geschichte“ gewürdigt. Gerade an der

Frage der fortgesetzten Erweiterung unserer Union aber unterscheiden sich die Geister, die einen möchten die Türkei drinnen haben, die anderen sind allenfalls für eine „privilegierte Partnerschaft“ – was nicht zuletzt mit unseren Werten zu tun hat, auch unseren christlichen Werten, die von der Türkei mitzutragen wären. Die Erkundungsreisen katholischer und protestantischer Bischöfe ins Land am Bosphorus haben dort aber mehr kritische Fragen als beruhigende Antworten in Sachen Religionsfreiheit und Minderheitenschutz zutage gefördert, die Einlassungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Deutschland zur Integration seiner türkischen Staatsbürger im Gast land Deutschland und die Rolle, die er bei der Wahl des neuen NATO-Generalsekretärs gespielt hat, waren ebenfalls alarmierend. Wir erinnern uns: die deutsche Ratspräsidentin Angela Merkel hatte 2007 auch versprochen, die EU bis zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009 auf „eine erneuerte gemeinsame Grundlage“ zu stellen – woran weiter gearbeitet wird.

Ein anderes Jubiläum haben wir vor kurzem in Straßburg und Kehl gefeiert, den **60. Geburtstag der NATO**. Im zweiten Satz der „Erklärung über die Sicherheit der Allianz“ vom 4. April 2009 werden die Werte, Ziele und Verpflichtungen des Nordatlantikvertrages wie die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen gewürdigt, Werte, die in der Präambel des Vertrages vom 4. April 1949 präzise beschrieben werden: „Die Parteien dieses Vertrages“, so heißt es dort, „sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten. Sie sind bestrebt, die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet zu fördern“. Im Gipfelkommuniqué von Straßburg werden die gemeinsamen Werte ausführlich dargestellt: Respekt für Menschenrechte, territoriale Integrität, Souveränität aller Staaten einschließlich des Rechts, sich einer Allianz der eigenen Wahl anzuschließen sowie die Notwendigkeit der Einhaltung internationaler Verpflichtungen und Vereinbarungen. In der Afghanistan-Erklärung vom gleichen Tage werden die Anstrengungen der ISAF als Hilfe für die afghanische Regierung bei der Verteidigung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte klassifiziert Am gleichen Tage musste der afghanische Präsident Karsai ein umstrittenes Gesetz über die Rechte von Mann und Frau in seiner islamischen Gesellschaft an das

Parlament zurückgeben, um die Unvereinbarkeit der Politik vor Ort mit dieser NATO-Erklärung zu dokumentieren. Beim 50. Geburtstag der NATO sprach die Erklärung von Washington von der „Gemeinschaft der Demokratien“, in der die Menschenrechte und die fundamentalen Freiheiten anerkannt sind, wo Grenzen im wachsenden Maße für Menschen, Ideen und Handel offen werden, wo Krieg undenkbar wird. In der sogenannten Erweiterungsstudie der NATO von 1995 wurden die Bedingungen für neue Mitglieder aufgenommen: nämlich die „Förderung und Unterstützung demokratischer Reformen, die Förderung gut nachbarlicher Beziehungen sowie die Verstärkung der Bereitschaft zur Integration und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte und damit Eindämmung von Tendenzen zur Desintegration nach ethnischen und territorialen Leitlinien“. Weiter heißt es dort: „Wie alle heutigen Mitgliedsstaaten müssen sich neue NATO-Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt ihres Beitritts auf der Grundlage des Washingtoner Vertrages dazu verpflichten,...jeden internationalen Streitfall, an dem sie eventuell beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, dass der internationale Frieden, die Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist“. So kam es, dass der frühere SACEUR General Joulwan das Bild von der NATO als „Schule der Demokratie“ benutzte und damit feststellte, dass die bloße Aussicht auf die Mitgliedschaft in der Allianz viele Nationen in Mittel- und Osteuropa erst dazu gebracht hat, sich demokratisch auszurichten, bilaterale Streitfälle zu regeln, dringende Reformen im eigenen Lande anzugehen und ethnische oder territoriale Dispute mit ihren Nachbarn einvernehmlich zu regeln – was vielfach geschehen ist. Der polnische Präsident Kwasniewski ging noch einen Schritt weiter, als er 1999, in der New York Times über die Ziele des NATO-Beitritts seines Landes befragt die knappe Aussage machte: „For Poland it's God and NATO“. Damit war das Atlantische Bündnis endgültig in mindestens zivil-religiöse Sphären aufgerückt. Prosaischer drückte es der ungarische Romancier Peter Nadas aus, der in der International Herald Tribune am 1. Oktober 1996 unter der Überschrift „The duty of democracies, or why Hungary belongs in Nato“ schrieb: „Most Hungarians support joining

NATO not because they are insanely militaristic, but because they believe in democracy“.

Die **Charta der Vereinten Nationen** vom 26. Juni 1945 formuliert den globalen Anspruch auf die Werte des menschlichen Zusammenlebens. In der Präambel wird die Entschlossenheit formuliert, die Grundrechte des Menschen, Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein zu wahren und sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern und für diese Zwecke als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern. Dies war der Anspruch auf die neue Weltordnung nach zwei Weltkriegen, ein Anspruch, der stets neu zu erfüllen ist.

Entwürfe für neue Weltordnungen sind stets nach großen Kriegen vorgelegt worden, so war es mit dem westfälischen Frieden nach dem 30jährigen Krieg, mit dem Wiener Kongress nach den napoleonischen Kriegen, mit dem Versailler Vertrag nach dem 1. Weltkrieg, mit den Beschlüssen von Yalta und Potsdam nach dem 2. Weltkrieg und eben mit der Gründung der UNO und der NATO. Nach dem Ende des kalten Krieges freilich ist dies ausgeblieben, vielmehr gründete sich die Vollendung der europäischen Einigung auf die bereits vorhandene Europäische Union. Vom europäischen Traum ist oft die Rede, der Amerikaner Jeremy Rifkin hat dieser Idee ein ganzes Buch gewidmet und darin ausgeführt, dass dem europäischen Modell die Zukunft gehöre, weil es auf gemeinschaftlichen Werten aufbaue und nicht, wie es der amerikanische Traum mit seinem „pursuit of happiness“ tut, auf die individuellen Ansprüche abhebt. Da kommt ein neuer amerikanischer Präsident gerade recht, der sich „Weltbürger“ nennt und der in seiner Antrittsrede auf die four freedoms seines Vorgängers Roosevelt hingewiesen hatte, die dieser am 6. Januar 1941 zur Grundlage einer künftigen Weltordnung erklärt hatte. Die Betonung von dignity, von Würde der Nation und damit der Verbriefung der Menschenrechte bei jedem außenpolitischen Handeln ist für viele bereits zur Obama-Doktrin stilisiert worden, zur vielleicht neuen außenpolitischen Doktrin

Washingtons. Vor wenigen Wochen haben wir hier an der Universität die Frage diskutiert, ob man deswegen Obama einen „europäischen“ Präsidenten nennen darf, einen also, der europäisch denkt, europäischen Werten verpflichtet ist, in krassem Gegensatz zu seinem direkten Amtsvorgänger George W. Bush.

Oder sind wir Europäer zu hochnäsiger, auf unserer Insel der Glückseligkeit, verglichen mit dem Rest der Welt? Haben wir wirklich die Weisheit gepachtet, wie die neue Weltordnung beschaffen sein sollte? Hatte nicht das Time-Magazine 2004 ironisch gefragt: „Wo erhebt sich (denn) das europäische Interesse an der Welt über das Dilettantische hinaus? Wann wäre die Europäische Union je mit einem Erfolg versprechenden Plan für den Irak, für den Nahen Osten, für Korea hervorgetreten?“ Robert Kagan beschimpfte die Europäer als Menschen von der Venus, Egoisten, die glaubten, das europäische Paradies könnte überall auf der Welt hergestellt werden. Der britische EU-Diplomat Robert Cooper sekundierte dies: „Unter sich mögen die Europäer auf der Grundlage von Gesetzen und einer kooperativen Sicherheit operieren. Aber wenn es um die Welt außerhalb Europas geht, müssen wir zu den rauheren Methoden einer früheren Ära zurückkehren – Gewalt, präventiver Angriff Täuschung, was immer notwendig ist. Unter uns halten wir uns an das Recht, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir auch die Gesetze des Dschungels anwenden“. Hat also der berühmte „Clash of Civilizations“ endgültig die transatlantischen Gewässer erreicht? Ich glaube nicht. Die hunderten Toten westlicher Armeen im Afghanistankrieg legen ein anderes Zeugnis ab. So dialektisch das klingen mag, sie legen mit ihrem gewaltigen und gewalttätigen Einsatz für europäische Werte ein Zeugnis gegen die Gewalt ab, die allen von der UN-Charta verbrieften Werten entgegensteht. Deshalb heißt es in der Europäischen Sicherheitsstrategie ja auch: „Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union ...würde zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer gerechten und sichereren Welt führen würde“.

Anders also wird ein Schuh daraus: finden wir mit Obama zurück zu gemeinsamen transatlantischen Werten, die allein uns in die Lage versetzen würden, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, als da sind das Heraufziehen neuer Weltmächte, die Perspektive erheblicher demografischer Umbrüche, der clash of civilizations, der Niedergang der

US-Superpower, der Klimawandel, der Umbruch des globalen Wirtschaftssystems? Was wird aus unseren europäischen Werten, wenn am Ende dieses Jahrhunderts die Europäer nur mehr 4 % der Weltbevölkerung ausmachen? Lohnt es sich, über den EU-Beitritt der Türkei zu streiten, wenn dieses Land ohnehin in wenigen Jahren die größte Nation in Europa sein wird und Karikaturisten bereits neue Landkarten gemalt haben, die Deutschland als „Neue Türkei“, Frankreich als „Nouvel Algerie“ und Großbritannien als „New Pakistan“ beschreiben? Ist der Niedergang des Westens mit seinen Ideen und Werten nicht längst vorprogrammiert und hat nicht die globale Krise diesen Abwärtstrend ein großes Stück ins rote Feld bewegt? „The end of the West“ ist der Titel eines gerade erschienenen Buches, eine Aussage, die noch, wie lange noch? mit einem Fragezeichen versehen ist. Ist das nicht die Frage aller Fragen, ob wir die transatlantische Verbundenheit mit ihrem Anspruch aus der Präambel des Nordatlantikvertrages, die Zivilisation unserer Völker zu bewahren, zu erhalten und zu festigen, tatsächlich in die Tat umsetzen können und so einen großen Teil des 21. Jahrhunderts für unsere Wertvorstellungen retten können? Der neo-konservative Vordenker Robert Kagan sah dafür zu Beginn des Jahrhunderts gerade einmal 30 Jahre Zeit, bevor andere die Weltordnung in die Hände nähmen und europäisch-amerikanische Werte zu einer quantité négligable verkämen.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im Mai 2002 sagte der amerikanische Präsident George W. Bush, ja genau dieser: „Die Vereinigten Staaten und die Nationen Europas sind mehr als militärische Verbündete, wir sind mehr als Handelspartner, wir sind die Erben derselben Zivilisation. Das Versprechen der Magna Charta, die Lehren Athens, die Kreativität von Paris, das unerschütterliche Gewissen Luthers, der milde Glaube des heiligen Franziskus – all dies ist Teil der amerikanischen Seele. Die neue Welt war erfolgreich, indem sie die Werte der alten Welt respektierte...Die Werte, die wir teilen, verbinden unsere Kulturen und rufen Ablehnung bei unseren Feinden hervor. Diese Werte sind generell wahr und recht. Sie definieren unsere Nationen und unsere Partnerschaft in einzigartiger Weise...Gegen die Herausforderungen unserer Zeit stellen wir unsere innersten Werte und unsere enge Freundschaft...Zusammen mit unseren Freunden bauen wir das Haus der Freiheit – für unsere Zeit und für alle Zeit“. Klingt das nicht nach einer beruhigenden neuen Weltordnung?

Obama hat dies bekräftigt. In seiner Berliner Rede im Juni 2008 sagte er: „Partnerschaft oder Kooperation unter den Nationen ist keine Alternative; es ist der einzige Weg, unsere gemeinsame Sicherheit zu schützen und unsere gemeinsame Menschlichkeit zu befördern...Amerika hat (dafür) keinen besseren Partner als Europa“.

Das Herzstück aller Fragen nach einer globalen Werteordnung aber ist: wird die internationale Ordnung, der globale Wertekonsens unter dem Dach der Vereinten Nationen – oder anderswo, etwa in der „Allianz der Demokratien“- entstehen? Werden wir in der Lage sein, die Weltorganisation mit Hilfe der Europäischen Union, der NATO und den nordamerikanischen Demokratien so zu stärken, dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effizient begegnen kann? Schaffen wir es, das internationale Völkerrecht im Konsens und nicht konfrontativ weiterzuentwickeln? Gelingt es vielleicht sogar, die Herausforderungen für humanitäre Interventionen oder prä-emptive Militärschläge zu definieren? Und können wir all dies am Ende auch in einen moralischen Konsens einbetten? Wird es schließlich sogar gelingen, ein globales Sicherheitssystem zu etablieren?

Insofern, meine Damen und Herren, ich wiederhole es, sind Sie zu beglückwünschen, dass sie die 15. Jahreskonferenz des Vereins Deutscher Akademiker aus Ungarn unter die Überschrift „Menschen, Werte, Nationen“ gestellt haben. Ein Thema, das zeitgemäßer nicht sein könnte. Im letzten Jahr hatten sie die Frage diskutiert: „Unsere Zukunft – Alternative Perspektiven“. Vor dem Hintergrund der Werte, die wir europäisch, transatlantisch, westlich nennen, gibt es keine alternativen Perspektiven, es sei denn, sie würden uns zwangsweise verordnet. Dass dieses nicht geschieht ist oberster Leitsatz von Forschung und Lehre an dieser Universität, deren Existenz uns allen ein Herzensanliegen sein sollte.

Ich danke Ihnen.

BISHER ERSCHIENENE ABHANDLUNGEN:

- 2004/1.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK  
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)  
„Über die akademische und europäische Verantwortung“  
ISBN 963 214 497 X
- 2004/2.** Dr. ANDREAS OPLATKA  
„Stephan Széchenyi 1813 - 1825 - vom Rittmeister  
zum Gründer der Akademie der Wissenschaften“  
ISBN 963 214 322 1
- 2004/3.** Dr. NORBERT LAMMERT  
„Deutsche Sprache und Kultur im zusammenwachsenden Europa“  
ISBN 963 214 323 X
- 2004/4.** Dr. KENGYEL MIKLÓS  
„Zeichen und Symbole in der Justiz Antrittsvorlesung 2003“  
ISBN 963 214 324 8
- 2004/5.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK  
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)  
"Zur Entwicklung der europäischen Integration - im Miteinander von  
Österreich und Ungarn - ein Beitrag auch zu einer Rechts- und  
Wertegemeinschaft?"\*  
ISBN 963 214 707 3
- 2004/6.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
"Auf dem Weg zu einer Neuen Weltordnung Die Rolle von Nato,  
UNO und EU in den internationalen Beziehungen"  
ISBN 963 865 270 5
- 2004/7.** Dr. HEINZ FISCHER  
(*Bundespräsident der Republik Österreich*)  
"Das politische System Österreichs Rückblick und Ausblick"  
ISBN 963 865 271 3
- 2004/8.** Univ-Doz. Dr. GEORG CAVALLAR  
"Die Europäische Union als Wertegemeinschaft:  
die EU-14 Maßnahmen gegen Österreich und der Kopftuchstreit"  
ISBN 963 865 272 1
- 2005/9.** Dr. WOLFGANG SCHÄUBLE  
"Herausforderungen für Europa"  
ISBN 963 865 273 X
- 2005/10.** VOLKER BOUFIER  
"Sicherheitspolitische Herausforderungen  
in der erweiterten Europäischen Union"  
ISBN 963 865 273 X

- 2005/11.** Dr. MICHAEL INACKER  
*(Vice President, External Affairs & Public Policy DaimlerChrysler AG, Stuttgart)*  
 Außenpolitik durch Unternehmen?  
 Die Ökonomisierung der internationalen Politik  
 ISBN 963 865 276 4
- 2006/12.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Der Auswärtige Dienst  
 ISBN 963 865 277 2
- 2006/13.** JEAN-DANIEL GERBER  
 (Staatssekretär, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Bern, Schweiz)  
 „Kann das internationale Wirtschaftssystem  
 Die Herausforderungen der Zukunft meistern?“  
 ISBN 963 865 279 9
- 2006/14-15.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 „Zivilreligion im Euro-Atlantischen Raum“  
 „Die Nato geht auf Globale Partnersuche“  
 ISBN 963 873 010 2, ISBN 963 873 011 0
- 2006/16.** Dr. KLINGHAMMER ISTVÁN  
 Begrüßungsrede den 15.9.2006 Andrassy Universität Budapest  
 ISBN 963 873 012 9 (978-963-87301-2-1)
- 2007/17.** Prof. Dr. LUDGER KÜHNHARDT  
 Mentalität und Identität:  
 Über die Europäisierung der Nationalstaaten und ihrer politischen Kultur  
 ISBN 978-963-87301-4-5
- 2007/18.** Kunst des Machbaren. Vielfältige Beziehungen  
 zwischen Ungarn und Deutschland.  
 Besuch der BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL  
 an der Andrassy Universität Budapest (21.08.2007)  
 Veröffentlicht mit Genehmigung der Bundesregierung Deutschlands  
 ISBN: 978-963-87301-6-9
- 2008/19.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Der Fall Belgien  
*Vortrag Andrassy Universität Budapest am 23.04.2008*  
 ISBN 978-963-87301-7-6
- 2009/20.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Europäische Erwartungen an Präsident Obama  
*Vortrag an der Andrassy Universität Budapest am 20.02.2009*  
 ISBN 978-963-87301-9-0
- 2009/21.** Prof. Dr. ANDRÁS MASÁT  
 „Nationenbildung, kulturelles Gedächtnis und Fremderfahrung“  
*Vortrag an der Andrassy Universität am 05.11..2008 in Budapest*  
 ISBN 978-963-87301-9-0

© 2009/22. ANDRÁSSY UNIVERSITÄT

H - 1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.

Tel.: + 36 1 266 31 01; Fax: + 36 1 266 30 99

Postanschrift: H-1464 Budapest, Pf.: 1422

E-Mail: [bibliothek@andrassyuni.hu](mailto:bibliothek@andrassyuni.hu)

Internet: [www.andrassyuni.hu](http://www.andrassyuni.hu)

ISSN: 1785-3907

ISBN: 978-963-88373-0-1



Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

## ANDRÁSSY-ABHANDLUNGEN

ANDRÁSSY - ABHANDLUNGEN

Abhandlung Nr. 22

Prof. Dr. Reinhard Bettzuege

**Vortrag Andrassy Universität  
Jubiläumskonferenz des Vereins Deutscher  
Akademiker aus Ungarn  
am 25.04.2009**

**Prof. Dr. Reinhard Bettzuege**

**Vortrag Andrassy Universität**

**Jubiläumskonferenz des Vereins Deutscher Akademiker aus  
Ungarn am 25.04.2009**

## **Globale Werte im 21. Jahrhundert**

Wenige Tage vor dem 5. Jahrestag des Beitritts Ungarns zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 ziemt es sich, eine neue Weltordnung und ihre Werte aus europäischer oder präziser aus der EU-Perspektive zu betrachten. Von dieser eigenen Standortbestimmung hängen die Antworten auf alle Fragen ab, die wir auf der Grundlage unserer Zivilisation für eine künftige Werteordnung, wie wir sie uns vorstellen, zu geben haben. Insofern beglückwünsche ich den Verein Deutscher Akademiker aus Ungarn zum Thema, das er seiner 15. Jahreskonferenz gegeben hat, nämlich „Menschen, Werte, Nationen“ – es könnte nicht besser gewählt sein.

Im Vertrag über eine **Verfassung für Europa**, kurz **Lissabon-Vertrag** genannt, heißt es knapp, aber deutlich:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnen“.

Die Präambel zur **Charta der Grundrechte der Union** ist ausführlicher.

„In dem Bewußtsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.

Die Union trägt zur Erhaltung und Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedsstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei. Sie ist bestrebt, eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu fördern und stellt den freien Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit sicher“.

Die enumerative Aufzählung der Grundrechte in dieser Charta der Union ist allumfassend. Wie im Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht die Würde des Menschen allem voran: sie ist unantastbar, sie ist zu achten und zu schützen. Das Recht auf Leben folgt, auf Unversehrtheit, auf Freiheit und Sicherheit, auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit,, auf Freiheit der Meinungsäußerung, auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, auf die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, auf Berufsfreiheit und das Recht zu arbeiten, auf unternehmerische Freiheit. Das Recht auf Bildung wird gewährt, ebenso wie das Asylrecht, das Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen, die Achtung des Privat- und Familienlebens wird garantiert, ebenso wie die Rechte älterer Menschen.

Nichts von dem ist selbstverständlich, das zeigen die aufgeregten Diskussionen in unserem Land über die ehemalige DDR - war sie ein Unrechtsstaat – oder doch irgendwie liebenswert, nicht alles war schlecht, formulierte ein Ministerpräsident eines neuen Bundeslandes 20 Jahre nach dem Mauerfall. Und in Ungarn hält nach einer jüngsten Umfrage jeder zweite Bürger Herrn Janos Kadar für eine „eher positive Figur“. War nicht der Mauerfall ein Fest der Menschenwürde? Die friedliche Revolution in Deutschland war ein Fest, das den Kalten Krieg beendete und die Diktatur in Ost- und Südosteuropa beendete. Sie war eine Voraussetzung auch für die Einigung Europas. Die Verfassung der Europäischen Union hier in Ungarn im einzelnen zu zitieren, ebenfalls 20 Jahre danach, ist kein müßiges Unterfangen, sondern lenkt den Blick zurück auf Zeiten, Jahrzehnte nämlich, wo solche Werte nur virtuelle

Qualität besaßen. Dürfen wir also hoffen, dass hierzulande der anstehende 5. Geburtstag der EU-Mitgliedschaft Ungarns diese Erinnerung pflegt und dies sich auch in der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament niederschlägt? Oder müssen wir vor dem Hintergrund aktueller Erfahrungen der Bürger dieses Landes gefasst sein auf ein Euro-bashing oder, schlimmer noch, wird die Wirtschaftskrise mit all ihren negativen Folgen Einfluss bekommen auf unsere Moral, unsere Ethik, unsere Wertvorstellungen? Dabei hatte t Vaclav Havel von einer „neuen Lebensqualität“ gesprochen, als er die Rückkehr seines Landes in die westliche Wertegemeinschaft feierte, eine Lebensqualität, die er in erster Linie mit den Begriffen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte präziserte.

Wieviel Wert aber haben solche Werte in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise? Ist die Frage „Schafft Ethik Wachstum?“ inzwischen pervers? Von Max Weber wissen wir, dass Ethik geordnetes Wachstum beflügeln kann. Aber welches Wachstum ist gemeint? Umsatzzahlen oder Bilanzsummen, fragwürdige Produktion von Rüstungsgütern und Massenvernichtungswaffen, Raubtierkapitalismus oder nachhaltige Wertschöpfung? Gibt es einen anerkannten Wert der Wirtschaft, der da lautet: „Rendite“ oder sogar „immer mehr Rendite“? Ist Shareholder-value nicht gerade Unwort des Jahres geworden? Wir befinden uns doch inmitten eines Suchspiels zwischen kapitalistischem Wildwuchs und wirtschaftlichem Wachstum und müssen Fragen beantworten, die offenbar niemand so recht vorausgesehen hat, weder in Amerika, noch in Europa. Auch deswegen ist es beruhigend, zu wissen, auf welchen Grundwerten unsere Gesellschaften gebaut sind, wie immer müssen sie sich gerade in Krisenzeiten besonders bewähren. Denn Krisen fördern den verklärten Blick zurück, auf den angeblich besseren sozialen Zusammenhalt, die wohlige Stallwärme des Kollektivs, den vermeintlich sicheren Arbeitsplatz, die soziale Versorgung von der Wiege bis zur Bahre oder die Gratis-Kinderkrippen. Der anstehende Jahrestag aber erinnert an 20 Jahre Freiheit für alle Europäer – und das ist kein geringes Gut.

Zum **50. Geburtstag** formulierte die Union mit ihrer „**Berliner Erklärung**“ „eine neue Grundlage für Europa“. Darin finden sich werthaltige Schlagworte wie diese:

„Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Respekt und Verantwortung, Wohlstand und Sicherheit, Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung, friedliche Konfliktlösung und Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheiten, Klimaschutz“. Vor allem aber erinnert die Erklärung daran, dass Europa über Jahrhunderte „eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung“ war und dass sich diese Hoffnung erfüllt hat. Übrigens auch und ganz besonders hier an unserer Universität, die seit sieben Jahren so viele europäische Studenten im Studium der europäischen Realitäten vereint. „Wir haben, so sagt es die Berliner Erklärung, „unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen...Wir...sind zu unserem Glück vereint“. Skeptiker freilich verweisen auf den dort auch beschworenen wirtschaftlichen Erfolg, den gemeinsamen Markt und den Euro: so können wir, so lautet das Zitat, die „zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten“. Möge dies als Mut machende Perspektive in der Erscheinungen Flucht gelesen werden. Ein Interview mit Mikis Theodorakis, der Symbolfigur des demokratischen Griechenlands, in der FAZ vom letzten Wochenende gibt da zu denken: „Wir haben in Europa Pressefreiheit, Redefreiheit, Reisefreiheit“, so sagte er, „Hitler, Mussolini und Franco liegen hinter uns. Mit den uns gegebenen Mitteln müssen wir den Tanz ums Goldene Kalb unterbrechen. Unser Reichtum liegt nicht auf einem Bankkonto, wie ein Berlusconi uns das vormachen will. Unser Reichtum sind Bildung und Kultur. Es ist richtig und notwendig, das immer wieder einzufordern“. Das stimmt zwar, aber der Mensch lebt nicht von Kultur allein, er muss auch überleben können. Rechtsradikale Tendenzen in europäischen Ländern jedenfalls nehmen zu in Zeiten der Krise und verengen unsere hehren europäischen Werte in banaler Weise.

Jose Manuel Barroso hatte die Berliner Erklärung „ein Signal der Verpflichtung genannt, eine gemeinsame Willenserklärung der Mitgliedsstaaten, des Parlaments und der Kommission“ und hatte die Erweiterung der Union, die einmal aus nur sechs Staaten bestand, als einen „der größten Erfolge der Geschichte“ gewürdigt. Gerade an der

Frage der fortgesetzten Erweiterung unserer Union aber unterscheiden sich die Geister, die einen möchten die Türkei drinnen haben, die anderen sind allenfalls für eine „privilegierte Partnerschaft“ – was nicht zuletzt mit unseren Werten zu tun hat, auch unseren christlichen Werten, die von der Türkei mitzutragen wären. Die Erkundungsreisen katholischer und protestantischer Bischöfe ins Land am Bosphorus haben dort aber mehr kritische Fragen als beruhigende Antworten in Sachen Religionsfreiheit und Minderheitenschutz zutage gefördert, die Einlassungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Deutschland zur Integration seiner türkischen Staatsbürger im Gast land Deutschland und die Rolle, die er bei der Wahl des neuen NATO-Generalsekretärs gespielt hat, waren ebenfalls alarmierend. Wir erinnern uns: die deutsche Ratspräsidentin Angela Merkel hatte 2007 auch versprochen, die EU bis zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009 auf „eine erneuerte gemeinsame Grundlage“ zu stellen – woran weiter gearbeitet wird.

Ein anderes Jubiläum haben wir vor kurzem in Straßburg und Kehl gefeiert, den **60. Geburtstag der NATO**. Im zweiten Satz der „Erklärung über die Sicherheit der Allianz“ vom 4. April 2009 werden die Werte, Ziele und Verpflichtungen des Nordatlantikvertrages wie die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen gewürdigt, Werte, die in der Präambel des Vertrages vom 4. April 1949 präzise beschrieben werden: „Die Parteien dieses Vertrages“, so heißt es dort, „sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten. Sie sind bestrebt, die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet zu fördern“. Im Gipfelkommuniqué von Straßburg werden die gemeinsamen Werte ausführlich dargestellt: Respekt für Menschenrechte, territoriale Integrität, Souveränität aller Staaten einschließlich des Rechts, sich einer Allianz der eigenen Wahl anzuschließen sowie die Notwendigkeit der Einhaltung internationaler Verpflichtungen und Vereinbarungen. In der Afghanistan-Erklärung vom gleichen Tage werden die Anstrengungen der ISAF als Hilfe für die afghanische Regierung bei der Verteidigung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte klassifiziert. Am gleichen Tage musste der afghanische Präsident Karsai ein umstrittenes Gesetz über die Rechte von Mann und Frau in seiner islamischen Gesellschaft an das

Parlament zurückgeben, um die Unvereinbarkeit der Politik vor Ort mit dieser NATO-Erklärung zu dokumentieren. Beim 50. Geburtstag der NATO sprach die Erklärung von Washington von der „Gemeinschaft der Demokratien“, in der die Menschenrechte und die fundamentalen Freiheiten anerkannt sind, wo Grenzen im wachsenden Maße für Menschen, Ideen und Handel offen werden, wo Krieg undenkbar wird. In der sogenannten Erweiterungsstudie der NATO von 1995 wurden die Bedingungen für neue Mitglieder aufgenommen: nämlich die „Förderung und Unterstützung demokratischer Reformen, die Förderung gut nachbarlicher Beziehungen sowie die Verstärkung der Bereitschaft zur Integration und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte und damit Eindämmung von Tendenzen zur Desintegration nach ethnischen und territorialen Leitlinien“. Weiter heißt es dort: „Wie alle heutigen Mitgliedsstaaten müssen sich neue NATO-Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt ihres Beitritts auf der Grundlage des Washingtoner Vertrages dazu verpflichten,...jeden internationalen Streitfall, an dem sie eventuell beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, dass der internationale Frieden, die Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist“. So kam es, dass der frühere SACEUR General Joulwan das Bild von der NATO als „Schule der Demokratie“ benutzte und damit feststellte, dass die bloße Aussicht auf die Mitgliedschaft in der Allianz viele Nationen in Mittel- und Osteuropa erst dazu gebracht hat, sich demokratisch auszurichten, bilaterale Streitfälle zu regeln, dringende Reformen im eigenen Lande anzugehen und ethnische oder territoriale Dispute mit ihren Nachbarn einvernehmlich zu regeln – was vielfach geschehen ist. Der polnische Präsident Kwasniewski ging noch einen Schritt weiter, als er 1999, in der New York Times über die Ziele des NATO-Beitritts seines Landes befragt die knappe Aussage machte: „For Poland it's God and NATO“. Damit war das Atlantische Bündnis endgültig in mindestens zivil-religiöse Sphären aufgerückt. Prosaischer drückte es der ungarische Romancier Peter Nadas aus, der in der International Herald Tribune am 1. Oktober 1996 unter der Überschrift „The duty of democracies, or why Hungary belongs in Nato“ schrieb: „Most Hungarians support joining

NATO not because they are insanely militaristic, but because they believe in democracy“.

Die **Charta der Vereinten Nationen** vom 26. Juni 1945 formuliert den globalen Anspruch auf die Werte des menschlichen Zusammenlebens. In der Präambel wird die Entschlossenheit formuliert, die Grundrechte des Menschen, Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein zu wahren und sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern und für diese Zwecke als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern. Dies war der Anspruch auf die neue Weltordnung nach zwei Weltkriegen, ein Anspruch, der stets neu zu erfüllen ist.

Entwürfe für neue Weltordnungen sind stets nach großen Kriegen vorgelegt worden, so war es mit dem westfälischen Frieden nach dem 30jährigen Krieg, mit dem Wiener Kongress nach den napoleonischen Kriegen, mit dem Versailler Vertrag nach dem 1. Weltkrieg, mit den Beschlüssen von Yalta und Potsdam nach dem 2. Weltkrieg und eben mit der Gründung der UNO und der NATO. Nach dem Ende des kalten Krieges freilich ist dies ausgeblieben, vielmehr gründete sich die Vollendung der europäischen Einigung auf die bereits vorhandene Europäische Union. Vom europäischen Traum ist oft die Rede, der Amerikaner Jeremy Rifkin hat dieser Idee ein ganzes Buch gewidmet und darin ausgeführt, dass dem europäischen Modell die Zukunft gehöre, weil es auf gemeinschaftlichen Werten aufbaue und nicht, wie es der amerikanische Traum mit seinem „pursuit of happiness“ tut, auf die individuellen Ansprüche abhebt. Da kommt ein neuer amerikanischer Präsident gerade recht, der sich „Weltbürger“ nennt und der in seiner Antrittsrede auf die four freedoms seines Vorgängers Roosevelt hingewiesen hatte, die dieser am 6. Januar 1941 zur Grundlage einer künftigen Weltordnung erklärt hatte. Die Betonung von dignity, von Würde der Nation und damit der Verbriefung der Menschenrechte bei jedem außenpolitischen Handeln ist für viele bereits zur Obama-Doktrin stilisiert worden, zur vielleicht neuen außenpolitischen Doktrin

Washingtons. Vor wenigen Wochen haben wir hier an der Universität die Frage diskutiert, ob man deswegen Obama einen „europäischen“ Präsidenten nennen darf, einen also, der europäisch denkt, europäischen Werten verpflichtet ist, in krassem Gegensatz zu seinem direkten Amtsvorgänger George W. Bush.

Oder sind wir Europäer zu hochnäsiger, auf unserer Insel der Glückseligkeit, verglichen mit dem Rest der Welt? Haben wir wirklich die Weisheit gepachtet, wie die neue Weltordnung beschaffen sein sollte? Hatte nicht das Time-Magazine 2004 ironisch gefragt: „Wo erhebt sich (denn) das europäische Interesse an der Welt über das Dilettantische hinaus? Wann wäre die Europäische Union je mit einem Erfolg versprechenden Plan für den Irak, für den Nahen Osten, für Korea hervorgetreten?“ Robert Kagan beschimpfte die Europäer als Menschen von der Venus, Egoisten, die glaubten, das europäische Paradies könnte überall auf der Welt hergestellt werden. Der britische EU-Diplomat Robert Cooper sekundierte dies: „Unter sich mögen die Europäer auf der Grundlage von Gesetzen und einer kooperativen Sicherheit operieren. Aber wenn es um die Welt außerhalb Europas geht, müssen wir zu den rauheren Methoden einer früheren Ära zurückkehren – Gewalt, präventiver Angriff Täuschung, was immer notwendig ist. Unter uns halten wir uns an das Recht, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir auch die Gesetze des Dschungels anwenden“. Hat also der berühmte „Clash of Civilizations“ endgültig die transatlantischen Gewässer erreicht? Ich glaube nicht. Die hunderten Toten westlicher Armeen im Afghanistankrieg legen ein anderes Zeugnis ab. So dialektisch das klingen mag, sie legen mit ihrem gewaltigen und gewalttätigen Einsatz für europäische Werte ein Zeugnis gegen die Gewalt ab, die allen von der UN-Charta verbrieften Werten entgegensteht. Deshalb heißt es in der Europäischen Sicherheitsstrategie ja auch: „Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union ...würde zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer gerechten und sichereren Welt führen würde“.

Anders also wird ein Schuh daraus: finden wir mit Obama zurück zu gemeinsamen transatlantischen Werten, die allein uns in die Lage versetzen würden, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, als da sind das Heraufziehen neuer Weltmächte, die Perspektive erheblicher demografischer Umbrüche, der clash of civilizations, der Niedergang der

US-Superpower, der Klimawandel, der Umbruch des globalen Wirtschaftssystems? Was wird aus unseren europäischen Werten, wenn am Ende dieses Jahrhunderts die Europäer nur mehr 4 % der Weltbevölkerung ausmachen? Lohnt es sich, über den EU-Beitritt der Türkei zu streiten, wenn dieses Land ohnehin in wenigen Jahren die größte Nation in Europa sein wird und Karikaturisten bereits neue Landkarten gemalt haben, die Deutschland als „Neue Türkei“, Frankreich als „Nouvel Algerie“ und Großbritannien als „New Pakistan“ beschreiben? Ist der Niedergang des Westens mit seinen Ideen und Werten nicht längst vorprogrammiert und hat nicht die globale Krise diesen Abwärtstrend ein großes Stück ins rote Feld bewegt? „The end of the West“ ist der Titel eines gerade erschienenen Buches, eine Aussage, die noch, wie lange noch? mit einem Fragezeichen versehen ist. Ist das nicht die Frage aller Fragen, ob wir die transatlantische Verbundenheit mit ihrem Anspruch aus der Präambel des Nordatlantikvertrages, die Zivilisation unserer Völker zu bewahren, zu erhalten und zu festigen, tatsächlich in die Tat umsetzen können und so einen großen Teil des 21. Jahrhunderts für unsere Wertvorstellungen retten können? Der neo-konservative Vordenker Robert Kagan sah dafür zu Beginn des Jahrhunderts gerade einmal 30 Jahre Zeit, bevor andere die Weltordnung in die Hände nähmen und europäisch-amerikanische Werte zu einer quantité négligable verkämen.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im Mai 2002 sagte der amerikanische Präsident George W. Bush, ja genau dieser: „Die Vereinigten Staaten und die Nationen Europas sind mehr als militärische Verbündete, wir sind mehr als Handelspartner, wir sind die Erben derselben Zivilisation. Das Versprechen der Magna Charta, die Lehren Athens, die Kreativität von Paris, das unerschütterliche Gewissen Luthers, der milde Glaube des heiligen Franziskus – all dies ist Teil der amerikanischen Seele. Die neue Welt war erfolgreich, indem sie die Werte der alten Welt respektierte...Die Werte, die wir teilen, verbinden unsere Kulturen und rufen Ablehnung bei unseren Feinden hervor. Diese Werte sind generell wahr und recht. Sie definieren unsere Nationen und unsere Partnerschaft in einzigartiger Weise...Gegen die Herausforderungen unserer Zeit stellen wir unsere innersten Werte und unsere enge Freundschaft...Zusammen mit unseren Freunden bauen wir das Haus der Freiheit – für unsere Zeit und für alle Zeit“. Klingt das nicht nach einer beruhigenden neuen Weltordnung?

Obama hat dies bekräftigt. In seiner Berliner Rede im Juni 2008 sagte er: „Partnerschaft oder Kooperation unter den Nationen ist keine Alternative; es ist der einzige Weg, unsere gemeinsame Sicherheit zu schützen und unsere gemeinsame Menschlichkeit zu befördern...Amerika hat (dafür) keinen besseren Partner als Europa“.

Das Herzstück aller Fragen nach einer globalen Werteordnung aber ist: wird die internationale Ordnung, der globale Wertekonsens unter dem Dach der Vereinten Nationen – oder anderswo, etwa in der „Allianz der Demokratien“- entstehen? Werden wir in der Lage sein, die Weltorganisation mit Hilfe der Europäischen Union, der NATO und den nordamerikanischen Demokratien so zu stärken, dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effizient begegnen kann? Schaffen wir es, das internationale Völkerrecht im Konsens und nicht konfrontativ weiterzuentwickeln? Gelingt es vielleicht sogar, die Herausforderungen für humanitäre Interventionen oder prä-emptive Militärschläge zu definieren? Und können wir all dies am Ende auch in einen moralischen Konsens einbetten? Wird es schließlich sogar gelingen, ein globales Sicherheitssystem zu etablieren?

Insofern, meine Damen und Herren, ich wiederhole es, sind Sie zu beglückwünschen, dass sie die 15. Jahreskonferenz des Vereins Deutscher Akademiker aus Ungarn unter die Überschrift „Menschen, Werte, Nationen“ gestellt haben. Ein Thema, das zeitgemäßer nicht sein könnte. Im letzten Jahr hatten sie die Frage diskutiert: „Unsere Zukunft – Alternative Perspektiven“. Vor dem Hintergrund der Werte, die wir europäisch, transatlantisch, westlich nennen, gibt es keine alternativen Perspektiven, es sei denn, sie würden uns zwangsweise verordnet. Dass dieses nicht geschieht ist oberster Leitsatz von Forschung und Lehre an dieser Universität, deren Existenz uns allen ein Herzensanliegen sein sollte.

Ich danke Ihnen.

BISHER ERSCHIENENE ABHANDLUNGEN:

- 2004/1.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK  
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)  
„Über die akademische und europäische Verantwortung“  
ISBN 963 214 497 X
- 2004/2.** Dr. ANDREAS OPLATKA  
„Stephan Széchenyi 1813 - 1825 - vom Rittmeister  
zum Gründer der Akademie der Wissenschaften“  
ISBN 963 214 322 1
- 2004/3.** Dr. NORBERT LAMMERT  
„Deutsche Sprache und Kultur im zusammenwachsenden Europa“  
ISBN 963 214 323 X
- 2004/4.** Dr. KENGYEL MIKLÓS  
„Zeichen und Symbole in der Justiz Antrittsvorlesung 2003“  
ISBN 963 214 324 8
- 2004/5.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK  
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)  
"Zur Entwicklung der europäischen Integration - im Miteinander von  
Österreich und Ungarn - ein Beitrag auch zu einer Rechts- und  
Wertegemeinschaft?"\*  
ISBN 963 214 707 3
- 2004/6.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
"Auf dem Weg zu einer Neuen Weltordnung Die Rolle von Nato,  
UNO und EU in den internationalen Beziehungen"  
ISBN 963 865 270 5
- 2004/7.** Dr. HEINZ FISCHER  
(*Bundespräsident der Republik Österreich*)  
"Das politische System Österreichs Rückblick und Ausblick"  
ISBN 963 865 271 3
- 2004/8.** Univ-Doz. Dr. GEORG CAVALLAR  
"Die Europäische Union als Wertegemeinschaft:  
die EU-14 Maßnahmen gegen Österreich und der Kopftuchstreit"  
ISBN 963 865 272 1
- 2005/9.** Dr. WOLFGANG SCHÄUBLE  
"Herausforderungen für Europa"  
ISBN 963 865 273 X
- 2005/10.** VOLKER BOUFIER  
"Sicherheitspolitische Herausforderungen  
in der erweiterten Europäischen Union"  
ISBN 963 865 273 X

- 2005/11.** Dr. MICHAEL INACKER  
*(Vice President, External Affairs & Public Policy DaimlerChrysler AG, Stuttgart)*  
 Außenpolitik durch Unternehmen?  
 Die Ökonomisierung der internationalen Politik  
 ISBN 963 865 276 4
- 2006/12.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Der Auswärtige Dienst  
 ISBN 963 865 277 2
- 2006/13.** JEAN-DANIEL GERBER  
 (Staatssekretär, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Bern, Schweiz)  
 „Kann das internationale Wirtschaftssystem  
 Die Herausforderungen der Zukunft meistern?“  
 ISBN 963 865 279 9
- 2006/14-15.** Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 „Zivilreligion im Euro-Atlantischen Raum“  
 „Die Nato geht auf Globale Partnersuche“  
 ISBN 963 873 010 2, ISBN 963 873 011 0
- 2006/16.** Dr. KLINGHAMMER ISTVÁN  
 Begrüßungsrede den 15.9.2006 Andrassy Universität Budapest  
 ISBN 963 873 012 9 (978-963-87301-2-1)
- 2007/17.** Prof. Dr. LUDGER KÜHNHARDT  
 Mentalität und Identität:  
 Über die Europäisierung der Nationalstaaten und ihrer politischen Kultur  
 ISBN 978-963-87301-4-5
- 2007/18.** Kunst des Machbaren. Vielfältige Beziehungen  
 zwischen Ungarn und Deutschland.  
 Besuch der BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL  
 an der Andrassy Universität Budapest (21.08.2007)  
 Veröffentlicht mit Genehmigung der Bundesregierung Deutschlands  
 ISBN: 978-963-87301-6-9
- 2008/19.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Der Fall Belgien  
*Vortrag Andrassy Universität Budapest am 23.04.2008*  
 ISBN 978-963-87301-7-6
- 2009/20.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE  
 Europäische Erwartungen an Präsident Obama  
*Vortrag an der Andrassy Universität Budapest am 20.02.2009*  
 ISBN 978-963-87301-9-0
- 2009/21.** Prof. Dr. ANDRÁS MASÁT  
 „Nationenbildung, kulturelles Gedächtnis und Fremderfahrung“  
*Vortrag an der Andrassy Universität am 05.11..2008 in Budapest*  
 ISBN 978-963-87301-9-0

© 2009/22. ANDRÁSSY UNIVERSITÄT

H - 1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.

Tel.: + 36 1 266 31 01; Fax: + 36 1 266 30 99

Postanschrift: H-1464 Budapest, Pf.: 1422

E-Mail: [bibliothek@andrassyuni.hu](mailto:bibliothek@andrassyuni.hu)

Internet: [www.andrassyuni.hu](http://www.andrassyuni.hu)

ISSN: 1785-3907

ISBN: 978-963-88373-0-1